

MENSCHEN STATT MÄRKTE



I EDITORIAL

I SCHWERPUNKT

Gemeinnützigkeit so attraktiv wie nie/
Positionspapier „Für Menschen, nicht Märkte“ in Auszügen

Vorstand und Verbandsrat gewählt

Der Paritätische als Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft

Interview: Verkehrspolitik und Pflege

Reichtum Umverteilen/
Wer hat, der gibt

Drei Fragen an Elke Schmidt-Sawatzki

Der Paritätische und BUND stellen
sozial-ökologische Zukunftsagenda vor

Interview: Dorfgemeinschaft und Bürgerenergie

Interview: Agrarpolitik und Wohlfahrt

Mietenstopp

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet

Gegen den Impfnationalismus

I SOZIALPOLITIK

Aktion #Weltweitwichtig

Pflege: Pläne der Großen Koalition sind “Mogelpackung”

I VERBANDSRUNDSCHAU

3 Frisch veröffentlicht/Neuer Podcast 30

AktionsMai Paritätische Freiwilligendienste/
4 Digital-Festival 31

6 Neue Website des Paritätischen Gesamtverbandes 33

7 Beschlossene Sache! 34

8 Aus den Landesverbänden 35

Termine 36

12 Kampagnen und Verschiedenes 37

13 Für alle, nicht die wenigen/Plakate zur Bundestagswahl 38

14 Jugendhilfetag/Impressum 39

15

18

22

23

28

**AUCH UNTER
FACEBOOK.COM/PARITAET
BEI TWITTER UNTER @PARITAET
BEI INSTAGRAM ALS PARITAET**



LIEBE LESER*INNEN,

das Streben nach Gewinn und der Markt als Ordnungsprinzip prägen unsere Gesellschaft. Die daraus resultierenden Interessen und Handlungslogiken dringen aber auch zunehmend in Bereiche vor, in denen aus guten Gründen lange Zeit die Gemeinwohlorientierung – verkörpert durch Staat und Zivilgesellschaft – das bestimmende Motiv war: Im Wohnungswesen, in der Bildung, in der Landwirtschaft, im Klimaschutz, in der Pflege, der Krankenversorgung und der Krankenversicherung.

Die Corona-Pandemie hat die verhängnisvollen Folgen der ökonomistischen Organisationslogik auf vielen Feldern wieder einmal deutlich gemacht. Ein auf den Funktionslogiken des Marktes beruhendes Wirtschaften strebt nun einmal nach der Gewinnmaximierung für den Einzelnen, nicht nach der bedarfsgerechten Versorgung der gesamten Bevölkerung. Ein anderes Wirtschaften ist notwendig, um gesellschaftlichen Polarisierungen zu begegnen, jedem die gleichen Lebensbedingungen zu gewährleisten und sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Marktmechanismen haben schon lange Zeit Einzug auch in unser Pflege- und Gesundheitssystem gehalten. Die betriebswirtschaftliche Effizienz (woran gemessen?), der darauf gerichtete Wettbewerb, die Zunahme gewinnwirtschaftlicher Akteure und ein striktes Kostendenken, das die nicht in Geld auszudrückenden sozialen Folgen des eigenen Handelns und Unterlassens konsequent ausblendet – all dies sind keine guten Voraussetzungen für eine gute Versorgung der Patient*innen und der Pflegebedürftigen, und auch nicht für gute Arbeit der dort Beschäftigten. Es ist nicht nur ethisch, sondern auch ordnungspolitisch fragwürdig, wenn mit vulnerablen Personen Rendite gemacht wird; wenn sich große Investmentfonds und Kapitalgesellschaften an privaten Altenheimen beteiligen und Gewinne an Aktionäre ausschütten, oft zulasten der Pflegequalität, immer finanziert von der solidarischen Pflegeversicherung. Die Organisation der Gesundheitsversorgung spielt eine zentrale Rolle, gleichwertige Lebensbedingungen und Versorgungssicherheit für den*die Einzelne*n zu gewährleisten. Ein marktliches Steuerungssystem verfügt nicht über die notwendigen Präferenz- und Kontrollsignale, um eine erreichbare, vollständige und hochwertige Versorgung für jeden Menschen unabhängig von Einkommen und Status zu gewährleisten.

Dass es der Markt allein nicht richtet, wird auch beim Blick auf die Wohnungsmärkte deutlich. Durch den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände, den weitgehenden Rückzug des Bundes aus der Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus und die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990 u.a. ist die Renditeorientierung in die Wohnraumversorgung zum dominanten Prinzip geworden, zulasten gemeinwohlorientierter Konzepte der Siedlungsentwicklung und damit des sozialen Zusammenhalts. Millionen bis dahin preisgebundene Wohnungen wurden dem Marktgeschehen überlassen. Den Logiken des Kapitalmarktes ausgeliefert, wird das Angebot an bezahlbaren Wohnungen immer kleiner. Gebaut wurde vor allem im hochpreisigen Segment, und immer weniger für Menschen mit besonderen Bedarfen, mit geringen und mittleren Einkommen. Die Folgen: mit Boden und Leerstand wird spekuliert, es werden horrenden Mietpreise verlangt. Marktliche Logik gerät immer mehr in direkten Widerspruch zur Befriedigung des existenziellen Grundbedürfnisses nach einer passenden Wohnung.

Wo grundlegende und für alle notwendig zugängliche Güter, also Güter der Daseinsvorsorge bereitzustellen sind, müssen die Kriterien der individuellen und gesellschaftlichen Bedarfe handlungsleitend sein, nicht der Gewinn. Für eine andere und gesellschaftlich nachhaltige Form des Wirtschaftens müssen selbstorganisierte, gemeinnützige und am Gemeinwohl orientierte Organisationsstrukturen gestärkt werden, mit Vorfahrt in der Daseinsvorsorge, flankiert von einer bedarfswirtschaftlichen, aktiven Infrastrukturpolitik und einer dem entsprechenden umverteilende Steuerpolitik.

Von diesen großen Fragen handeln die Beiträge in diesem Heft.




Professor Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

FÜR MENSCHEN, NICHT MÄRKTE
GEMEINNÜTZIGKEIT SO ATTRAKTIV WIE NIE

Im Dezember 2020 verabschiedete der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes unter der Überschrift „Für Menschen, nicht Märkte“ ein sehr grundlegendes Positionspapier von großer Bedeutung für alle Felder der Freien Wohlfahrtspflege und auch noch darüber hinaus. Es brachte das tiefe Unbehagen des Verbandes mit einer zunehmenden Profitorientierung auf Feldern zum Ausdruck, die klassisch der Wohlfahrtspflege zugehörig sind, wie Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen. Und mehr noch: das Papier ist ein starkes Plädoyer für ein Wirtschaften, das sich nicht am Profit, sondern am Bedarf und an den Menschen orientiert. Es negiert den Glauben, dass der freie Markt per se überlegen sei und dass die Versorgung aller mit allen lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wie von selbst gewährleistet ist, wenn man den profitorientierten Markt nur machen lässt.

Die gute alte Gemeinnützigkeit wird in diesem Papier wieder neu entdeckt. Es geht nicht lediglich um einen steuerrechtlichen Sachverhalt aus der Abgabenordnung. Mit dem Verzicht auf die private Gewinnentnahme und auf übermäßige Vergütungen, mit dem prinzipiellen Verzicht auf Profite und der Verpflichtung, Überschüsse wieder in die Sache zu investieren, wird die Gemeinnützigkeit als attraktives Modell alternativen Wirtschaftens in ein neues Licht gerückt.

Es ist ein Unbehagen, dass nicht nur in der Freien Wohlfahrtspflege über den profitorientierten Sektor Platz ergreift. In Umweltverbänden, Gewerkschaften, Mieterschutz-Vereinigungen und auch in der Kulturszene sind mehr Menschen von ähnlicher Skepsis geplagt. Die großen Herausforderungen in der Wohnraumversorgung und im Umwelt- und Klimaschutz, bei Fragen der Mobilität bis zur Öffnung ländlicher Räume rufen nach neuen Antworten und neuen non-profit-orientierten Handlungsmaximen. Und eine weitere Gemeinsamkeit finden wir bei vielen anderen Nicht-Regierungsorganisationen: Es ist die dem Paritätischen tief prägende Überzeugung, dass eine lebendige Bürgergesellschaft, die Orientierung am Gemeinwohl und ein solidarisches Miteinander eine große Kraft haben. Eine lebendige Bürgergesellschaft erzeugt Vielfalt, aus der Lösungen entstehen können.

Subsidiarität ist damit genauso wenig wie Gemeinnützigkeit ein alter Hut. Und es sind nicht nur Überzeugungen und Ideen die sich in solchen Begrifflichkeiten wiederfinden. Es sind auf all diesen gesellschaftlichen Feldern in ganz unterschiedlichen Formen erprobte Alternativen – von der Wohnungsbaugenossenschaft bis hin zum Dorfladen. Möglicherweise waren Gemeinnützigkeit, Gemeinwohlorientierung und Subsidiarität noch nie so attraktiv wie heute.

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

**WIR DOKUMENTIEREN IM FOLGENDEN DAS
PARITÄTISCHE POSITIONSPAPIER
„FÜR MENSCHEN, NICHT MÄRKTE“ IN AUSZÜGEN**

Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte ist die Geschichte einer fortschreitenden Vermarktlichung von Lebensbereichen, die einer wirtschaftlichen Renditelogik bis dahin nicht oder nur eingeschränkt unterworfen waren. Soziale Dienste, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, das Bildungswesen und öffentliche Dienste wurden einem Preiswettbewerb unterworfen, der nicht auf die möglichst gute Versorgung der Bevölkerung, sondern auf kurzfristige Einsparungen gerichtet war. Ökonomisierung, Privatisierung, Kommerzialisierung, Finanzialisierung und Verbetriebswirtschaftlichung beschreiben in unterschiedlicher Art und Weise Ausprägungen dieser Fehlentwicklungen. Zentrale Bereiche der Infrastruktur des Sozialstaates, wie die netzgebundenen Dienste der Daseinsvorsorge oder öffentliche Wohnungsbestände, wurden ganz oder teilweise privatisiert. Selbst der fortgesetzte Raubbau an der Umwelt wurde marktwirtschaftlich organisiert und durch Verschmutzungszertifikate sanktioniert. Renditen gewinnwirtschaftlich arbeitender Unternehmen stehen häufig nur in den Büchern, weil ihnen soziale Kosten gegenüberstehen, die in den Rechnungen nicht enthalten sind. Diese Rechnungen zahlen Umwelt und Gemeinschaft: durch geringe Löhne für die Beschäftigten, schlechte Arbeitsbedingungen und durch mangelnde Investitionen in Infrastruktur. Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie viele bisher vernachlässigte Bereiche „systemrelevant“ sind und wie prekär diese Bereiche häufig ausgestattet sind. Längst wissen wir: Der Markt kann und wird vieles nicht richten. Wenn es um die Sicherung der sozialen und ökologischen Grundlagen des Zusammenlebens geht, ist er Teil des Problems, nicht dessen Lösung. Der Paritätische will aktiv zur sozialen und ökologischen Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen und dazu selbstorganisierte und gemeinnützige Organisationsstrukturen fördern und entwickeln helfen.

Gestaltungsoptionen für die Zukunft wurden schon in der Vergangenheit vergeben. Was häufig immer noch als „Schuldenbremse“ bezeichnet wird, schränkte nicht nur notwendige Investitionen ein, sondern erzwang gerade in vielen südeuropäischen Staaten eine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Gesundheits- und Lebenschancen großer Teile der Bevölkerung. Auf nationaler und europäischer Ebene wurden Möglichkeiten vergeben, die soziale Infrastruktur weiter auszubauen und zu erneuern. Längst sind die Folgen der unterlassenen Investitionen spürbar. Die COVID-19-Pandemie hat häufig gerade die Staaten und Institutionen mit unverminderter Härte getroffen, die bereits in der Vergangenheit besonders stark von Kürzungen und Einschränkungen belastet wurden. [...Es] zeigt sich, dass die Einsparungen der Vergangenheit die Krisen der Gegenwart begünstigt und ihre Folgen verstärkt haben. Soziale Risiken nehmen zu, Krisen werden zahlreicher, dabei sind ihre Kosten extrem ungleich verteilt. In breiten Bevölkerungsgruppen wachsen deshalb Angst, Unsicherheit und Unzufriedenheit. Die soziale und politische Polarisierung wachsen, sozialer Zusammenhalt erodiert.

Die gemeinnützige Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland hat angesichts dieser Herausforderungen einmal mehr Unschätzba-

res dazu beigetragen, die Folgen der Krisen zu mildern, zusätzliches Engagement für das Gemeinwesen zu mobilisieren, gemeinnützige Infrastruktur für die gesamte Bevölkerung und in der gesamten Fläche des Landes aufrechtzuerhalten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gerade in Zeiten unvorhergesehener Bedarfslagen und Krisen hat sie gewährleistet, was Staat und Wirtschaft allein nicht mehr zu leisten vermochten. Ihre Leistungen bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen war dabei ebenso systemrelevant, wie in der COVID-19-Pandemie. Die von ihr bereitgestellte Infrastruktur und die Arbeit der vielen tausend haupt- und ehrenamtlich Engagierten war und ist dafür unerlässlich. Erst Krisen verschaffen diesen Leistungen Aufmerksamkeit, und doch prägen sie tagtäglich den Alltag.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige, auf sozialen Zusammenhalt zielende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muss darauf gerichtet sein, die Freiheit von Armut zu gewährleisten, ein ausgebaut öffentliche Infrastruktur bereitzustellen und eine möglichst hohe Lebensqualität sicherzustellen. Hierzu gilt es, eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung zu entwickeln. Neu entstandene und bewährte Kooperationsformen zwischen Kommunen und Freier Wohlfahrtspflege müssen gesichert werden. Der individuelle und gesellschaftliche Bedarf, nicht die Maximierung von Profiten, müssen im Vordergrund stehen. Aufgabe einer an den Bedarfen orientierten Wirtschaft ist es, die Versorgung der Bevölkerung wirksam sicherzustellen. Bedarfswirtschaftliches Handeln setzt eine aktive Infrastrukturpolitik voraus, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche sicherzustellen. Der Staat ist gefordert, die dafür notwendigen Mittel durch eine sozial gerechte Steuer- und Abgabenpolitik zu mobilisieren.

Bei der Leistungserbringung muss das Subsidiaritätsprinzip zur Geltung gebracht werden: Wo immer Angebote durch die Selbstorganisation von betroffenen Menschen und durch gemeinnützige, nicht profitorientierte Anbieter erbracht werden können, müssen diese Vorrang vor staatlichen und gewerblichen Akteuren erhalten. Große soziale Herausforderungen wurden und werden stets nur mit und durch die Freie Wohlfahrtspflege erreicht. Sie produziert sozialen Zusammenhalt und war maßgeblich daran beteiligt, den Sozialstaat in Deutschland aufzubauen und zu entwickeln, den deutschen Einigungsprozess mitzugestalten und in ganz Deutschland nicht-staatliche, vielfältige und stets gemeinnützige Angebote zu schaffen. Aus den Erfahrungen vergangener Krisen zu lernen, heißt anzuerkennen, dass der Staat verpflichtet ist, die Selbstorganisation, die Unabhängigkeit und die Gemeinnützigkeit dieser Akteure anzuerkennen und sie normativ und finanziell zu fördern. Gleichzeitig muss gelten: Wo es um den Menschen geht, um Selbsthilfe, um die Förderung seiner Potenziale und um notwendige Unterstützungsleistungen, da haben Renditeziele nichts zu suchen.

Mit der COVID-19-Pandemie wurde die Logik der fortschreitenden Renditeorientierung erstmals auf breiter Front suspendiert. Die Logik des Sich-Rechnen-Müssens wurde zumindest partiell außer Kraft gesetzt. Geld, das in der Vergangenheit erklärmaßen nie da war, wurde in erheblichem Umfang mobilisiert und in Krisenbekämpfung investiert. [...] Angesichts der sich schon

jetzt abzeichnenden Welle neuer Sparprogramme, gerade auf kommunaler Ebene, besteht die reale Gefahr, dass nicht nur bisher erreichte Erfolge zunichte gemacht werden, sondern dass gerade die mit knappen Mitteln wirtschaftenden gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste geschwächt aus der Krise hervorgehen und finanzstarke, renditeorientierte Unternehmen demgegenüber an Einfluss gewinnen. Die Erfahrung zeigt, dass von Gewinnstreben und Eigensucht getriebene Strukturen eine erstaunliche Resilienz gegenüber Risiken und deren Wahrnehmung entwickeln.

[...] Es ist deshalb höchste Zeit, einer blinden Wettbewerbsideologie Einhalt zu gebieten, die das konkurrierende Neben- und Gegeneinander von Unternehmen, Organisationen und Menschen zur allgemeinen Verhaltens- und Organisationsnorm stilisiert. Stattdessen gilt es, die Institutionen zu stärken, die gemeinschaftliches Handeln in Vielfalt fördern, und anzuerkennen, dass Verhältnisse vor allem dann gestaltet und verändert werden können, wenn der Weg dorthin kollektiv inklusiv, partizipativ und in Anerkennung der Gleichwürdigkeit aller Beteiligten beschritten wird. Die gemeinnützige Freie Wohlfahrtspflege arbeitet kooperativ. Nicht der einzelne Unternehmer, sondern eine Gruppe von Menschen trägt Sorge für das gemeinnützige Engagement. Das Engagement in der Selbsthilfe und für Dritte fördert und stärkt die Selbstwirksamkeit. In einer Vielzahl von Organisationsformen lässt sich dieses Engagement verwirklichen: in Vereinen und Initiativen, in Genossenschaften, Gesellschaften, Stiftungen und Kooperativen. [...] Dem Status der Gemeinnützigkeit kommt dabei die zentrale Funktion zu, Bürgerinnen und Bürger die Gewähr dafür zu bieten, dass Geld und Zeit gut in gemeinnützige Organisationen investiert sind. Diese Qualität muss auch künftig erhalten werden. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass das Gemeinnützigkeitsrecht verändert wird, um die Ausschüttung von Gewinnen zu ermöglichen.

Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sind keine getrennten Sphären, sie sind in- und miteinander verwoben. Dennoch herrscht der Gedanken vor, wirtschaftliche, soziale und politische Krisen können getrennt voneinander bearbeitet werden. Das können sie nicht. Die ökologische Krise, die die Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage stellt, lässt sich nur gemeinsam mit der sozialen Krise, dem Wachstum der Ungleichheit und der Vernichtung von Lebenschancen bekämpfen. Armut und Ungleichheit können ihrerseits nicht überwunden werden, wenn nicht die Krise der politischen Repräsentation überwunden wird. [...]

Der Paritätische ist geprägt durch die Idee der Selbstorganisation von Betroffenen, er fördert und unterstützt die Selbsthilfe und gewährleistet eigene Beteiligungsmöglichkeiten. Er will dazu beitragen, Menschen zu einer selbstbestimmten und eigenmächtigen Interessenorganisation zu befähigen. Eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft muss an den Wurzeln der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und den politischen Krisen ansetzen. Sie hängen zusammen und sie lassen sich nur zusammen bewältigen. Die gegenwärtige Situation bietet die Gelegenheit, den notwendigen Richtungswechsel nicht nur einzuleiten, sondern zu vollziehen: Ein anderes Wirtschaften ist möglich. Ein anderes Wirtschaften ist nötig.

VORSTAND UND VERBANDSRAT GEWÄHLT

Am 23. April 2021 fanden in der Mitgliederversammlung die Wahlen zum Vorsitz sowie zum Verbandsrat statt. Wir dokumentieren an dieser Stelle die Gewählten und gratulieren herzlich zur Wahl!

DER VORSTAND



Vorsitzender:
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock



Stv. Vorsitzender:
Achim Meyer auf der Heyde;
Deutsches Studentenwerk



Norbert Blesch;
Der Paritätische Bayern



Ulla Klapproth;
Der Paritätische Niedersachsen



Stv. Vorsitzende:
Elke Schmidt-Sawatzki;
Der Paritätische NRW



Susanna Karawanskij;
Volkssolidarität Bundesverband



Beratend:
Dr. Ulrich Schneider;
Der Paritätische Gesamtverband

DER VERBANDSRAT

- | Benjamin Andrae;
Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen e.V.
- | Gerlinde Bendzuck;
Deutsche Rheuma-Liga – Bundesverband e.V.
- | Verena Bentele; Sozialverband VdK e.V.
- | Norbert Blesch; Der Paritätische Bayern
- | Friedrich Wilhelm Bluschke;
Der Paritätische Mecklenburg-Vorpommern
- | Gronbach, Dieter;
BSK, Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
- | Prof. Dr. Melanie Groß; Der Paritätische Schleswig-Holstein
- | Klaus Hahn;
DBSV, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V.
- | Heinz Hilgers; DKSB, Deutscher Kinderschutzbund
- | Rolf Höfert; Der Paritätische Thüringen
- | Prof. Barbara John; Der Paritätische Berlin
- | Christian Kamprad; Der Paritätische Sachsen
- | Susanna Karawanskij; Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- | Helga Kiel; Bvkm, Bundesverbandes für körper- und mehrfach-behinderte Menschen e.V.
- | Ulla Klapproth; Der Paritätische Niedersachsen
- | Achim Meyer auf der Heyde; DSW, Deutsches Studentenwerk
- | Dr. Detlev Mohr;
DLRG, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
- | Elona Müller-Preinesberger; Der Paritätische Brandenburg
- | Patrick Nieswand;
DGSP, Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
- | André Nowak;
ABiD, Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V.
„Für Selbstbestimmung und Würde“
- | Bruno Pfeifle; Der Paritätische Baden-Württemberg
- | Bettina Prött; Der Paritätische Hamburg
- | Dr. Vincent Richardt; SOS Kinderdorf e. V.
- | Prof. Dr. Rolf Rosenbrock;
Vorsitzender, Der Paritätische Gesamtverband
- | Joachim K. Rudolph; Kneipp-Bund e.V. Bundesverband für Gesundheitsförderung und Prävention
- | Gaby Schäfer; Der Paritätische Rheinland-Pfalz/Saarland
- | Elke Schmidt-Sawatzki; Der Paritätische Nordrhein-Westfalen
- | Dr. Hermann Schulte-Sasse; Der Paritätische Bremen
- | Sylvia Urban; Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- | Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt; Der Paritätische Sachsen-Anhalt
- | Dr. Wolfgang Werner; Der Paritätische Hessen

DER PARITÄTISCHE ALS TEIL EINER LEBENDIGEN ZIVILGESELLSCHAFT

Die Dominanz von Markt und Profitorientierung in Frage stellen, eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben und Druck machen für eine Politik, die wirklich jede*n mitnimmt und keine*n zurücklässt? So vielfältig und stark das Engagement unter dem Dach des Paritätischen ist - gemeinsam mit anderen lässt sich noch viel mehr bewegen.

Der Verband versteht sich als Teil und Akteur einer lebendigen Zivilgesellschaft und in den vergangenen Jahren haben wir Kooperationen und Netzwerke mit zahlreichen Organisationen aus anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen geknüpft: Ob bei den großen Mobilisierungen der #unteilbar-Bewegung, im Bündnis oder im Kampf gegen Mietenwahnsinn, der Paritätische zeigt Haltung und Präsenz.

Mit dem Deutschen Mieterbund, DGB und anderen setzen wir uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, nicht nur mit der Lebenshilfe und anderen Organisationen der Behindertenhilfe und vielen mehr gab es Aktionen gegen Rechts. Mit Gewerkschaften, Kultur, und vielen anderen werden wir nicht müde, die Verteilungsfrage zu stellen und eine notwendige stärkere Besteuerung sehr großen Reichtums zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens anzumahnen (siehe Seite 12). Mit Pro Asyl, Seebrücke und vielen mehr streiten wir für das Menschenrecht auf Asyl und gegen nationale und europäische Abschottungspolitik. Wir unterstützen die #Mietenstopp-Kampagne des Mieterbunds (siehe Seite 22). Im Kampf gegen Armut haben wir zahlreiche Partner*innen, zuletzt unter dem Aufruf #mindestens600 versammelt.

Relativ jung noch ist der neue Schulterschluss mit der Umweltbewegung: Wir sind inzwischen Mitglied der KlimaAllianz und es ist gelungen, mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz sogar ein gemeinsames Programm zur Bundestagswahl zu entwickeln, in dem wir uns gemeinsam für eine echte sozial und ökologisch gerechte Transformation einsetzen (siehe Seite 14).

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl sind so wertvolle Allianzen geknüpft. Nur gemeinsam wird gesellschaftliche Veränderung zu erreichen sein - für die Menschen, nicht die Märkte.

Gwendolyn Stilling



HINWEIS

In dem gemeinsamen Buchprojekt „Für Alle, nicht die Wenigen!“ (siehe Seite 38) haben sich schließlich prominente Vertreter*innen vieler Organisationen mit uns hinter der Vision einer am Menschen und gemeinwohlorientierten Wirtschaft versammelt. Wir freuen uns, einige der Autor*innen in diesem Heft in ausführlichen Interviews zu Wort kommen zu lassen.

GEMEINWOHL MAL ZWEI
VERKEHRSPOLITIK UND PFLEGE

Die Forderung nach mehr Gemeinwohlorientierung erstreckt sich über viele politische Felder. Wir haben für diese Ausgabe mehrere Doppelinterviews geführt - mit jeweils zwei Menschen, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen für mehr gemeinnütziges Handeln und Wirtschaften aussprechen. Dabei haben wir wenige Unterschiede und viele Gemeinsamkeiten entdeckt. Den Auftakt machen Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes und Dierk Hirschel, Gewerkschaftssekretär bei ver.di und dort zuständig für Wirtschaftsfragen.



Starten wir mit einer Frage an Sie beide: Herr Schneider, Herr Hirschel, was haben denn nun ausgerechnet Verkehrs- und Pflegepolitik gemeinsam? Gibt's da wirklich etwas Verbindendes?

Schneider: Das wird der Kollege Hirschel aus dem Effeff beantworten können...

Hirschel: Danke für den Ball! In beiden Bereichen sollte die Profitlogik zurückgedrängt sowie der öffentliche Sektor und die Gemeinnützigkeit gestärkt werden. Denn in beiden Sektoren zeigt sich, dass private Akteure nicht in der Lage sind, eine ausreichende bezahlbare Versorgung sicherzustellen. Das gilt für den Verkehrssektor insbesondere für den öffentlichen Verkehr, wo in den letzten Jahrzehnten bei der Bahn viele Strecken stillgelegt wurden und viele kleinere Städte nicht mehr ans Bahnnetz angebunden sind. Der ÖPNV ist im ländlichen Raum sehr schlecht ausgebaut und stößt in vielen Großstädten an Kapazitätsgrenzen. Im Pflegebereich wiederum, das kann Ulrich Schneider noch entsprechend ergänzen, haben wir das Problem, dass durch die Privatisierung der letzten Jahrzehnte inzwischen humane Pflege kaum noch möglich ist. Beide Bereiche, sowohl der Verkehr als auch die Pflege sind immer stärker auf Profit getrimmt worden und von ihrer eigentlichen Zielsetzung, nämlich dem Gemeinwohl zu dienen, immer weiter abgerückt.

Schneider: Verkehr und Pflege sind in der Tat ausgesprochene Opfer geworden des, sagen wir mal, neoliberalen Irrglaubens oder sogar -wahns, der Anfang und Mitte der 90iger Jahre eingesetzt hat. Da gibt es wirklich parallele Entwicklungen. Wir haben in der Pflege erlebt, dass 1994 ein Pflegeversicherungsgesetz verabschiedet wurde, das erstmals den Markt öffnete für

profitorientierte Anbieter. Es war der Wille der damaligen Bundesregierung, dass Investoren kommen, dass hier auch Gewinn gemacht und richtig Geld abgezogen werden kann. Es herrschte der Irrglaube, wenn man diese Leute nur machen ließe, dann wird's letztlich allen gut gehen. Dann würde auch die Pflege besser werden. Innerhalb kürzester Zeit war der ursprünglich gemeinnützige Pflege-Markt, wo eben keine Gewinne gemacht werden durften, wo jeder Cent zurückgehen musste ans Pflegebett, fast zur Hälfte von gewerblichen Anbietern dominiert, darunter internationale Investmentfonds aus Schweden, Luxemburg und sonst woher, die Rendite sehen wollen. Das Gleiche haben wir im Verkehr auch erlebt. Ich erinnere daran, wie es Anfang der 90iger bei der Verschmelzung von Reichsbahn und Bundesbahn und der Privatisierung unter Mehdorn hieß: „Jetzt machen wir Nägel mit Köpfen. Wir machen eine Aktiengesellschaft daraus.“ Und: „Wir gehen jetzt an die Börse. Wir machen ein richtiges Börsenunternehmen!“, was fürchterlich nach hinten losging, denn im Endeffekt, das gilt für die Pflege wie für die Bahn, waren beide Bereiche völlig unterfinanziert. In der Pflege war es so, weil die öffentlichen Kassen den renditeorientierten Anbietern zurecht misstrauten und unter Mehdorn bei der Bahn war es so, weil man ein attraktives Börsenangebot machen wollte. Man musste auf Teufel komm raus mit den Kosten runter. Wir in Berlin haben es hautnah erlitten, als die S-Bahnen nicht mehr richtig gewartet wurden und letztlich immer wieder ausfielen. Die Bürger waren es letztlich, die nicht mehr gut versorgt wurden, sei es mit Verkehr oder mit Pflege

Nun sagen Sie ja, dass diese ganze Entwicklung, die Privatisierung, Konkurrenz und Wettbewerb mitnichten alternativlos

wären, auch wenn da in den 90igern alles auf Profit getrimmt wurde. Wie könnte man es denn anders organisieren?

Hirschel: Ich möchte zunächst die Frage stellen, ob in der Daseinsvorsorge Wettbewerb und Profitlogik überhaupt sinnvoll sind. Wir haben in Großbritannien und anderen angelsächsischen Ländern gesehen, dass Wettbewerb bei einer Netzinfrastruktur wie der Bahn weder wirtschaftlich noch im Hinblick auf die Versorgung funktioniert. Herr Schneider hat es angesprochen, was wir nach dem geplanten Börsengang der Bahn erlebt haben. Das deutsche Schienennetz ist um ein Fünftel geschrumpft, die Zahl der Weichen und Kreuzungen wurde halbiert und jeder sechste Bahnhof wurde geschlossen...

Herr Schneider: Ja, das ist die weitere Schnittstelle zur Pflege. In der Pflege hat Preiswettbewerb überhaupt keine Rolle zu spielen, weil es ja niemals den genauen Bedarf trifft. In einer Pflegeeinrichtung habe ich es ja mit Menschen zu tun. Menschen, die jeden Tag anders drauf sein können. Ich kann es mit alten demenziell erkrankten Menschen zu tun haben, die morgens aufwachen und vielleicht völlig verstört sind. Da muss man sich dann erstmal eine Viertelstunde Zeit nehmen und einfach nur die Hand halten, bevor man überhaupt irgendetwas anderes machen kann. Es kann sein, dass jemand vielleicht einen ganz schlechten Tag hat und sehr viel Zuwendung braucht oder auch einen guten Tag hat und dann verbringt er den Tag mit anderen. Das lässt sich nicht im Detail planen. Marktwirtschaftliche Preiskonkurrenz heißt jedoch eben, dass man Ressourcen zusammenspart, bis es quietscht, und für die Wechselfälle des Lebens nicht mehr genug Ressourcen in Reserve hält. Der einzig angemessene Versorgungsstandard in der Pflege aber ist im Grunde die „Überversorgung“. Ich muss Reserven haben.

Durch die Pandemie sind die angespannte Situation in der Pflege und gerade auch die Pflegenden ja tatsächlich auch stark in den Fokus gerückt. Da müsste sich doch jetzt eigentlich etwas bewegen. Wir haben doch alle an den Fenstern gestanden und applaudiert und das wird doch irgendetwas bringen, oder nicht?

Schneider: Ja, es hat sich etwas bewegt im Pandemiejahr, aber nicht im Sinne der Betroffenen. In Bewegung gekommen ist der Pflegemarkt: Gerade große internationale Fonds und Immobiliengesellschaften haben noch stärker ihren Blick auf die Pflegeeinrichtungen geschwenkt. Es ist eine außerordentlich stabile Anlagemöglichkeit mit Renditen von bis zu 3 Prozent, die garantiert werden. Dadurch war 2020 eines der erfolgreichsten Jahre auf dem „Pflegemarkt“, was die Übernahme von Einrichtungen, den Handel mit Einrichtungen, anbelangt. Das ist eine völlig makabre Entwicklung, die unterm Strich nochmal deutlich gemacht hat: Man kann den „Pflegemarkt“, die Einrichtungen, vor allem aber die Menschen, nicht einfach zum Spielball irgendwelcher Rentenfonds machen ...

Herr Hirschel, zurück zum Verkehr. Auch hier gibt es eine lebhaft öffentliche Debatte, vor allem unter ökologischen Aspekten. Sie haben bisher über die Bahn gesprochen. Wie sieht es denn mit dem Individualverkehr aus?

Hirschel: Deutschland ist ein Autoland. Die deutsche Automob-

ilindustrie ist das Herz des Rheinischen Kapitalismus. Kein anderes entwickeltes Industrieland ist so abhängig vom Autobau wie wir. Ein großer Teil unserer Wirtschaftskraft hängt am Autobau. Aber die Zukunft unseres Landes kann nicht darin bestehen, noch mehr Autos zu bauen. Wir exportieren zwar 75 Prozent der Autos, aber auch in vielen anderen Industrieländern stößt das automobile Wachstum an seine Grenzen. Insbesondere in den Großstädten ist das Fahrzeug nur noch ein Stehzeug. Die Umweltbelastung ist für viele Menschen nicht mehr ertragbar. Wir müssen jetzt die fossilen Antriebssysteme auswechseln und mehr Verkehr vom Auto auf die Schiene bringen. Klar ist aber auch: Wir werden diese Transformation der Automobilindustrie nur unter Beteiligung der Betroffenen organisieren können. Gleichzeitig müssen der öffentliche Nah- und Fernverkehr als Alternative zum motorisierten Individualverkehr ausgebaut werden. Wenn die Beförderungskapazität des ÖPNV in den nächsten zehn Jahren verdoppelt würde, könnten wir auch viele neue gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. In der Zugproduktion, beim Waggonbau und in der Schienenherstellung. Das würde nicht ausreichen, um alle wegfallenden Arbeitsplätze der Automobilindustrie aufzufangen, aber es würde zumindest eine teilweise Kompensation bieten.

Sie sagen, der Autoverkehr habe seine Grenzen erreichen. Bedeutet das, die ökologische Verkehrswende kommt jetzt auf jeden Fall?

Hirschel: Nein, sie wird nur gelingen, wenn wir auch den öffentlichen Verkehr ausbauen. Im ländlichen Raum haben wir aktuell kaum Alternativen zum Auto. Die Autodichte im ländlichen Raum ist nicht umsonst die höchste. Der Bus fährt dort nur alle paar Stunden und häufig gibt es keinen Bahnanschluss. Das muss sich ändern. Dafür brauchen wir massive Investitionen in den ÖPNV und die Deutsche Bahn. Doch wer soll das bezahlen? Wir reden hier nicht über Peanuts, sondern über hohe zweistellige Milliardenbeträge. Das ist eine Mammutaufgabe, ein finanzieller Kraftakt.

Die Vorschläge, die Sie zur Reform in der Pflege haben, Herr Schneider, lassen sich ja auch nicht zum Nulltarif umsetzen. Und sie bedeuten ebenfalls eine erhebliche Transformation der bisherigen Strukturen. Sie wollen u.a., dass Investoren mit Pflege keinen Profit mehr machen können... Glauben Sie, dass Sie breite Akzeptanz für diese Ideen finden?

Schneider: Ja, weil wir Lösungen mitliefern. Wenn wir alle Beschäftigten in der Pflege gut bezahlen würden, bspw. orientiert am TVÖD, das Tarifwerk des öffentlichen Dienstes, dann wären das rund 4 Milliarden Euro jährlich zusätzlich. Ich glaube, keiner würde sich im Moment trauen, zu sagen, das hätten die Beschäftigten nicht verdient. Wenn wir dann hingehen würden und den Beschäftigten in der stationären Pflege vernünftige Arbeitsbedingungen verschaffen würden, in dem wir mehr Personal ermöglichen, dann bräuchten wir aus dem Stand heraus rund 120.000 Pflegekräfte mehr in den Einrichtungen. Das sind nochmal einige Milliarden, die das kostet. Das heißt, wir sind hier bei insgesamt 8 oder 9 Milliarden, die gestemmt werden müssen. Und jetzt ist die Frage: Wie macht man das? Wie ist das möglich, wenn man gleichzeitig private Investoren nicht mehr in die Pflege reinlassen möchte, die Gewinne abschöpfen wollen. Das lässt sich in der Tat



nur dadurch in den Griff kriegen, dass hier eine neue Partnerschaft von Staat und gemeinnützigen Anbietern entsteht. Wir haben im Moment ein außerordentlich geringes Zinsniveau. Wenn der Staat derzeit Schulden aufnimmt, macht er geradezu ein Geschäft. Das heißt, im Moment hätten wir wie kaum in irgendeinem Zeitraum zuvor die Möglichkeit, mit öffentlichen Mitteln notwendige Investitionen in der Pflege zu betreiben. Geht es um die laufenden Kosten, die ich ansprach, etwa die Personalkosten, dann kommen wir wahrscheinlich nicht um Steuerzuschüsse und damit auch um eine andere Steuerpolitik herum. Wir müssen die die Einnahmenseite der öffentlichen Kassen stärken. Und da ziehen ver.di und Paritätischer ja nicht erst seit heute an einem Strang. Wir brauchen ein neues Nachdenken über Vermögenssteuer, über die Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer, über Erbschaftssteuer, über Transaktionssteuer und anderes. Da könnte jetzt Dierk Hirschel als Chefvolkswirt von ver.di ganz viel ausführen. Wir müssen die Dinge bis zum Ende durchdenken und wer nicht umverteilen will, der wird auch nichts tun können für Pflege oder auch für Verkehrsinfrastruktur.

Hirschel: Natürlich können wir in Niedrigzinszeiten solche Investitionen erstmal mit der Kreditkarte bezahlen. Es wäre auch ökonomisch unsinnig, es nicht zu tun. Darüber hinaus, geht es darum, die staatliche Einnahmenseite durch eine höhere Besteuerung von Topverdienern, von finanzstarken Unternehmen, von Vermögenden und Großen zu verbreitern. So schaffen wir die finanzielle Spielräume, um mehr Personal einzustellen, um höhere Sozialausgaben zu bezahlen, den ÖPNV auszubauen und so eine sozialökologische Transformation hinzubekommen. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Gewerkschaften, Umweltverbände, Klimaaktivisten und Sozialverbände sich gemeinsam auf eine Strategie des sozialökologischen Umbaus verständigen. Denn ohne sozialen Ausgleich gibt es keinen ökologischen Umbau.

Lassen Sie uns hier nachhaken. Sie fordern ja u.a. die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Jetzt haben Sie das auf der institutionellen Ebene ausgeführt: Da müssen die Gewerkschaften, die Umwelt- und Sozialverbände, die Parteien mitmachen usw. Aber wie kann der*die Einzelne auf der

Straße mit eingebunden werden? Sonst entscheiden es ja eigentlich wieder die großen Institutionen...

Hirschel: Ich würde mich dagegen wehren, große Institutionen und ihre Aushandlungsprozesse ausschließlich kritisch zu sehen. Der deutsche Kooperatismus, also der enge Austausch und die Kompromissfindung zwischen Verbänden und staatlichen Ebenen, hat in den letzten Jahrzehnten viel sozialen Fortschritt hervorgebracht. Kritisch ist die manchmal fehlende Transparenz. Aber zweifelsohne ist es eine Errungenschaft der Nachkriegsdemokratie, dass mitgliederstarke Verbände nach gemeinsamen Lösungen suchen. So haben beispielsweise Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterschiedliche Interessen. Aber am Ende des Tages ist es ihnen häufig gelungen tragfähige soziale Kompromisse auszuhandeln. Deswegen ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Institutionen wie die deutsche Unternehmensmitbestimmung, Betriebsräte oder unser Tarifsystem, gestärkt und ausgebaut werden müssen.

Was können wir tun, um größere Teile der Bevölkerung an der sozial-ökologischen Transformation zu beteiligen? Wir Gewerkschaften wollen beispielweise in den großen Automobilclustern – Baden-Württemberg, Saarland, Bremen, Niedersachsen – regionale Transformationsräte. Dort sollen die vom ökologischen Umbau Betroffenen an einen Tisch geholt werden. Da gehören dann natürlich auch die Umweltverbände dazu. So könnten gemeinsame Transformationsstrategien entwickelt werden. In der Lausitz wurde auf diese Weise ein Kohlekompromiss erzielt. Hier wurden die Betroffenen zu Akteuren gemacht. Das ist zwar von Klimaaktivisten stark kritisiert worden, weil aus ihrer Sicht das Ausstiegsdatum nicht hinreichend ist. Aber ich bin der Auffassung, dass dieser Kohlekompromiss durchaus ein Vorbild für sozialen Ausgleich ist. Deswegen gibt es in der Lausitz heute keine Gelbwestenbewegung. Die Kosten der Transformation konnten gerecht verteilt werden.

Herr Schneider, der Paritätische vertritt viele Klient*innen, die nicht unbedingt in Gewerkschaften oder auch in Betrieben unterwegs sind, sondern im Zweifel arm, ausgegrenzt und auf Hartz IV angewiesen und auch mit ihren eigenen Problemen



einfach beschäftigt sind. Wie sehen Sie das? Ist die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen für eine sozial-ökologische Transformation?

Schneider: Sie ist nur dann in der Breite zu gewinnen für eine ökologische Transformation, die kommen muss, wenn wir nicht unsere Lebensgrundlage letztlich zerstören wollen, wenn wir soziale Sicherheit geben. Was Menschen davon abhalten kann, sich in großer Zahl für eine ökologische Transformation bedingungslos zu erwärmen, sind Ängste zu existenziellen Fragen. Kann ich meine Miete noch zahlen? Werde ich im Alter ein Auskommen haben, so dass ich wirklich einen schönen Ruhestand erleben kann? Wie ist das mit meinen Kindern? Welche Zukunft haben sie? Wir werden die ökologische Transformation nur schaffen, wenn die Menschen keine Angst darum haben müssen, ihre Existenz bestreiten zu können. Wir brauchen also gerade auf dem Wohnungsmarkt, aber auch wenn ich mir anschau in der Renten- oder Arbeitsmarktpolitik eine echte Offensive, die den Menschen so viel Sicherheit gibt, in einem Sozialstaat zu leben, dass sie sagen: „Okay, bei der ökologischen Transformation können wir mitziehen. Wir brauchen keine Angst davor zu haben.“ Das ist glaube ich ganz entscheidend. Und deswegen sind auch Soziales und Ökologie nicht zu trennen, für beide Seiten nicht. Als Vertreter von gerade einem Klientel, dem es nicht so gut geht, müssen wir uns für eine ökologische Wende einsetzen, denn es wird ja nicht besser, wenn wir gar nichts tun. Und umgekehrt: Die Umweltverbände müssen natürlich ein hohes Interesse daran haben, dem Menschen soziale Sicherheit zu geben, denn sonst findet eine Transformation keine politische Mehrheit.

Eine letzte Frage: Ihre Prognose, bis wann haben wir den Neoliberalismus überwunden?

Schneider: (lacht) Ich weiß nicht, wann war jetzt genau die Bundestagswahl? Wir werden auf jeden Fall alles nach Kräften dafür tun, den Menschen nach 30 Jahren massivem Neoliberalismus in Deutschland deutlich zu machen, dass Wettbewerb nicht das A und O ist, sondern dass Kooperation und solidarisches Miteinander in vielen Aufgabenfeldern das deutlich überlegene System ist. Es gilt, die Denkschablonen einzureißen, die der Neoliberalismus

eingefräst hat in unsere Hirne, und den Kopf wieder frei zu bekommen für echte Alternativen.

Hirschel: Ich bin sehr zuversichtlich. Der entfesselte Kapitalismus musste in den letzten 15 Jahren zweimal auf die Intensivstation. Spätestens mit der pandemiebedingten Antikrisenpolitik ist der Neoliberalismus am Ende. In der Corona-Krise ist nochmals deutlich geworden, wie wichtig ein funktionierender Staat und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge sind. Nur ein handlungsfähiger Staat kann in die Zukunft investieren und den Klimawandel bekämpfen. Deswegen erleben wir weltweit eine Renaissance staatlichen Handelns. Selbst in den USA pumpt der neue Präsident Milliarden US-Dollar in die Modernisierung der Infrastruktur seines Landes. Nach der Bundestagswahl wird keine Regierung, egal welcher Farbkonstellation, einfach nur den Reichtum der Oberschicht pflegen können. Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich gedreht und große Teile wehren sich gegen schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen, zu hohe Mieten und die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Ob diese gesellschaftliche Bewegung einen grundlegenden sozial-ökologischen Politikwechsel durchsetzen kann, ist dann nochmals eine andere Frage. Aber das neoliberale Zeitalter ist vorbei.

Das Interview führten Gwendolyn Stilling und Philipp Meinert

WEITERE INFOS

Bitte beachten Sie auch den gemeinsamen Aufruf vom Paritätischen Gesamtverband und ver.di sowie die Initiative „Wer hat, der gibt“ auf Seite 12 und unsere Workshop-Reihe zur Bundestagswahl auf Seite 37.

REICHTUM UMVERTEILEN

Gleich mehrere Aktionen für eine stärkere Besteuerung sehr großen Reichtums, unterstützt auch durch den Paritätischen, fanden zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes statt. Weitere Aktivitäten sind in Abstimmung bzw. Vorbereitung. Auf zwei Initiativen möchten wir an dieser Stelle besonders hinweisen.

Die Gewerkschaft ver.di initiierte im Mai einen Aufruf mit dem Titel „Die Krise bewältigen, Zukunft gestalten, Reichtum umverteilen: für eine gerechte Gesellschaft – Sozial und Ökologisch!“. Unterstützt wird das Vorhaben von den Vorsitzenden 20 großer zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie vielen namhaften Wissenschaftler*innen und Kulturschaffenden. Auch Dr. Ulrich Schneider und Prof. Dr. Rolf Rosenbrock sind dabei. Wir dokumentieren den Aufruf auszugsweise:

„Die Corona-Pandemie erschüttert unsere Gesellschaft. Sie bedroht unsere Gesundheit, schwächt die Wirtschaft und verschärft die soziale Ungleichheit. Die Bundesregierung verhinderte mit Rettungsschirmen, Überbrückungshilfen und einem Konjunkturpaket einen wirtschaftlichen Kollaps. Tarifverträge und Mitbestimmung haben Einkommen stabilisiert und Arbeitsplätze gesichert. Der Sozialstaat konnte in der Krise Sicherheit geben. Millionenfache Kurzarbeit vereitelte Massenentlassungen. Die Beschäftigten der Daseinsvorsorge sorgten dafür, dass das gesellschaftliche Leben nicht zusammenbrach. Schutzschirme für soziale Einrichtungen stabilisierten das Sozialsystem. Die Pandemie zeigte jedoch auch die Defizite des Sozialstaats. Viele Geringverdiener*innen, Minijobber*innen, Soloselbständige, kurzfristete Projektbeschäftigte, Alleinerziehende, Auszubildende, Student*innen, Zugewanderte, Erwerbslose, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und Obdachlose traf die Krise mit voller Wucht. Für Grundsicherungsbezieher*innen und andere hilfsbedürftige Gruppen gab es keine ausreichende

Unterstützung. Hier traten die Folgen einer Politik der Privatisierung, der Deregulierung, der Spar- und Kürzungspolitik sowie der Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen und Vermögenden der vergangenen 30 Jahre schonungslos und schmerzlich zu Tage: Pflegenotstand, auf Gewinn getrimmte Krankenhäuser, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Verfestigung von Armut und Wohnungsnot, Abbau öffentlicher und sozialer Leistungen, mangelnde personelle Ausstattung von Kommunen, Kitas und Schulen, Investitionsstaus in der kommunalen und sozialen Infrastruktur, Schwächung der Sozialsysteme sowie Umverteilung von unten nach oben. Bildungsungerechtigkeiten sind wie unter einem Brennglas sichtbar geworden und haben sich vertieft.

Gleichzeitig sind wir, als Folge einer Wirtschafts- und Lebensweise, die Natur und Umwelt vorrangig als Ausbeutungsobjekt sieht, auf dem Weg in eine Klimakatastrophe und Umweltzerstörung existenziellen Ausmaßes. Damit verbindet sich die Notwendigkeit einer im Energiebereich bereits eingeleiteten und jetzt auch in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft anzugehenden nachhaltigen Wende. Die politischen Beschlüsse und Maßnahmen der nächsten zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob wir eine Klimakatastrophe und nicht mehr rückholbare Umweltzerstörungen verhindern können.

Wir fordern:

- Wir fordern einen politischen Kurswechsel: Wir wollen eine ökologische und sozial gerechte Gesellschaft für alle!
- Wir fordern die Sicherung und Stärkung des Sozialstaates sowie massive Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft.
- Wir fordern eine Abkehr von der Schuldenbremse, mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, eine konsequente Verfolgung von Steuerflucht und -umgehung sowie den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen, um die gesellschaftlich notwendigen Veränderungen finanzieren zu können.“

Der gesamte Aufruf befindet sich auf [verdi.de](https://www.verdi.de)

WER HAT, DER GIBT

Mit einem Offenen Brief fordern über 100 Organisationen, Wissenschaftler*innen und Kulturschaffende: #ReichtumUmverteilen. Neben Künstler*innen wie Annette Humpe und Maren Kroymann sowie Wissenschaftler*innen die Prof. Dr. Butterwegge ist auch Ulrich Schneider dabei. „Unseres Erachtens wird es höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Vermögenden in die Pflicht nimmt, anstatt sich der Schuldenbremse zu unterwerfen und öffentliche und soziale Ausgaben zu kürzen. Wir fordern eine progressive Steuerpolitik, die eine langfristige Umverteilung des Reichtums von oben nach unten sichert“, heißt es im Aufruf. Konkret gefordert wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen. Für August ist ein bundesweiter Aktionstag geplant.

Mehr auf www.werhatdergibt.org



DREI FRAGEN AN ELKE SCHMIDT-SAWATZKI, HEXENHAUS ESPELKAMP

Wenn jemand unverhofft ihr oder sein Zuhause verliert, ist dies immer ein dramatischer Vorgang. Wenn dies aufgrund der Gewalt des Partners passiert, häufen sich die Probleme. Gerade Frauen sind immer noch oft in Abhängigkeitsverhältnissen von ihren Partnern und umso schwerer fällt der Auszug und erst recht das Finden einer neuen Wohnung.

Elke Schmidt-Sawatzki ist neben ihrem Vorsitz beim Paritätischen Landesverband NRW und stellvertretenden Vorsitz beim Gesamtverband, Geschäftsführerin des HexenHAUS Espelkamp, welches Beratung und Schutz für Frauen und Mädchen, unter anderem Housing-First-Projekte. Was das ist und warum dieser Bereich viel besser gemeinnützig funktioniert, erklärt sie uns im Interview.



Frau Schmidt-Sawatzki, die Immobilienpreise steigen, der Wohnraum wird knapp. Was bedeutet dies für soziale Wohnformen wie Housing-First?

Der Idee von Housing-First liegt zugrunde, dass wohnungslose Menschen vorbehaltlos die Chance bekommen, eine eigene Mietwohnung anzumieten und damit über ihr eigenes Leben zu entscheiden. Durch den knappen Wohnraum und hohe Mietpreise steht aber für wohnungslose Menschen so gut wie kein Wohnraum zur Verfügung – unabhängig davon, ob er überhaupt bezahlbar wäre. Wohnungslose Menschen sind stigmatisiert, viele befinden sich ungewollt in extrem schwierigen Lebensverhältnissen und die Zahl der Wohnungssuchenden ist hoch. Sie haben definitiv nur geringste Chancen, auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt eine Wohnung oder gar einen eigenen Mietvertrag zu bekommen.

Wo der Staat versagt, kann doch der Markt einspringen. Ist das beim Housing-First-Ansatz keine gute Idee?

Schön wäre es, wenn der freie Markt so funktionieren würde, dann stünden wir heute nicht vor diesen Problemen. Die Realität zeigt aber: Je weniger Wohnraum zur Verfügung steht, umso weiter steigen die Mieten und umso knapper werden die bezahlbaren Wohnungen. Der freie Markt schafft keine Gerechtigkeit, der freie Markt bietet schon gar nicht Wohnraum für wohnungslose Menschen, deren Chancen sowieso schon schlecht stehen. Irgendwann können sich dann eben nur noch Menschen eine Wohnung leisten, die gut verdienen und die aus gefestigten Lebensverhältnissen kommen. Wir können schon jetzt feststellen, dass der Mietpreis seit Jahren immer weiter steigt – und es gibt immer mehr Menschen, die bereit sind diese Preise zu zahlen.

Wohnquartiere verändern sich, wer weniger Einkommen hat, kann sich bestimmte Gegenden nicht mehr leisten und so weiter. In diesem System sind Wohnungslose vollkommen ohne Chancen auf eine eigene Wohnung. Auch Housing-First kann dann nicht realisiert werden, denn dafür braucht es ja Wohnungen, die für die Träger auch bezahlbar sind. Eine Besserung ist derzeit nicht in Sicht, im Gegenteil: Mit großer Sorge betrachte ich etwa die Entwicklungen beim öffentlich geförderten Wohnungsbau. Hier fallen zur Zeit viel mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neuer Wohnraum gebaut wird. Da muss die Politik dringend gegensteuern.

Welche Chance bietet ein gemeinnütziger Ansatz bei Housing-First-Projekten?

Die Vermittlung von Wohnraum für wohnungslose Menschen ist nicht ohne gezielte Unterstützung zu denken. Hier muss es eine sozialpolitische Agenda geben: Das Projekt Housing-First in Berlin etwa hat seine Schlagkraft dadurch entwickelt, dass es sozialpolitisch vom Senat gewollt war und gefördert wird. Dadurch konnten Mietwohnungen für diese Menschen gefunden werden. Möglich wäre auch, dass Kommunen gezielt aus ihrem kommunalen Wohnraumbestand eine bestimmte Anzahl an Wohnungen für wohnungslose Menschen zur Verfügung stellen. Es braucht den politischen Willen, gesellschaftliches Bewusstsein und entsprechende Konzepte dafür. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und es ist ein öffentliches Gut, das jedem Menschen zusteht. Dieses Denken muss der Staat durch entsprechende Gesetzgebung und Fördermittel absichern.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

DER PARITÄTISCHE UND BUND STELLEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHE ZUKUNFTSAGENDA VOR

Mit einer Neun-Schritte-Zukunftsagenda legen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Paritätische Gesamtverband zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes ein politisches Programm für den konsequenten Aufbruch in eine ökologisch und sozial gerechte Republik vor. Ein echter gesellschaftlicher Umbau ist nur möglich, wenn man ökologischen Umbau, Naturschutz, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt. Beide Verbände fordern ein entschlossenes Umsteuern der Politik, um unter anderem das 1,5 Grad-Klimaziel zu erreichen, sowie flankierende Maßnahmen für soziale Sicherheit und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In ihrer detaillierten „Zukunftsagenda für die Vielen“, der auf www.paritaet.org zu finden ist, sprechen sich die Verbände etwa für eine Anhebung des CO₂-Preises auf zunächst 50 Euro pro Tonne aus bei voller Rückgabe an die Bevölkerung über einen Pro-Kopf-Ökobonus.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands: „Natur- und Umweltschutz und eine echte sozial-ökologische Wende funktionieren nur dann, wenn alle Menschen mitgenommen werden und niemand zurückgelassen wird. Hier kommen enorme Anstrengungen und eine gigantische Umverteilung auf uns zu, die es aber konsequent und solidarisch zu stemmen gilt. Es wäre fatal, wenn Umweltschutz- gegen Sozialpolitik ausgespielt werden. Es geht nur zusammen – sozial und ökologisch und daher dulden wir auch keine halbherzigen Kompromisse weder sozial noch ökologisch. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft.“

Olaf Bandt, BUND-Vorsitzender: „Die Corona-Krise hat soziale Schwachstellen unserer Gesellschaft offengelegt. Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist auch der fehlende politische Wille der Bundesregierung für einen ökologischen Umbau unserer Gesellschaft belegt. Dies zu erleben war für unsere Mitglieder eine einschneidende Erfahrung. Sollte sich dieser Trend weiter fortsetzen, sehen wir die reale Gefahr, dass sich viele Menschen aus den demokratischen Prozessen verabschieden. Daher machen wir deutlich: Wie es ist, darf es nicht bleiben! Wir werben bei den demokratischen Parteien und ihren Kandidat*innen mit unserer ‚Zukunftsagenda für die Vielen‘ für eine mutige Vision. Gemeinsam wollen wir bei der anstehenden Bundestagswahl den Aufbruch in eine ökologische und sozial gerechte Republik einleiten.“



Mit ihrer Vision einer ökologischen und sozial gerechten Republik umschreiben beide Verbände den Bruch mit dem Politikstil der aktuellen Bundesregierung aber auch vieler Landesregierungen. Sie appellieren an die demokratischen Parteien und Kandidat*innen für den Deutschen Bundestag Klimakrise, das Massenaussterben von Arten und die massiven sozialen Schiefen endlich ernst zu nehmen und Lösungen zu präsentieren, die dem Ausmaß dieser Krisen gerecht werden. Gemeinsam wollen die Organisationen in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl dazu beitragen, dass keine künftige Bundesregierung, gleich welcher Konstellation, die Frage nach der Gestaltung einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft ignorieren kann.

Mit der „Zukunftsagenda für die Vielen“ fordern die Verbände alle demokratischen Kandidat*innen im Bundestagswahlkampf und die neue Bundesregierung auf, sich für eine ökologische und gerechte Gesellschaft für alle einzusetzen und dafür folgende Schritte einzuleiten:

DIE NEUN SCHRITTE

1. Eine naturverträgliche Energierevolution.
2. Eine nachhaltige Mobilität für alle.
3. Eine soziale und ökologische Agrar- und Ernährungswende.
4. Soziale Sicherheit für die Transformation.
5. Einen starken Naturschutz.
6. Weniger Ressourcenverbrauch und eine gerechtere Gesellschaft.
7. Wohnen und Boden in Gemeinschaftshand.
8. Eine gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle.
9. Internationale Solidarität und die Einhaltung von Menschenrechten.

Weitere Informationen auf unserer Schwerpunktseite Klimaschutz ([Link](#))

GEMEINWOHL MAL ZWEI

DORFGEMEINSCHAFT UND BÜRGERENERGIE

Mara Dehmer ist Referentin für Kommunale Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband und interessiert sich besonders für die Möglichkeiten gemeinwohlorientiertes Handeln im ländlichen Raum. Olaf Bandt ist Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und ein großer Verfechter der Bürgerenergie, also der lokalen Erzeugung von Energie vor Ort, unabhängig von großen Konzernen.



Frau Dehmer, Herr Bandt, wo liegen Ihrer Meinung nach die Überschneidungen in ihren Themenfeldern Bürgerenergie bzw. ländlicher Raum in Bezug auf das Gemeinwohl?

Dehmer: Spontan denke ich an die viele alternative Energie, die im ländlichen Raum produziert wird, sowie an alternative Konzepte der Energiewirtschaft, die oft im ländlichen Raum angesiedelt sind. Das fällt mir als erste Brücke zwischen den Themen ein. Diesen Faden kann ich weiterspinnen. Es gibt auch viel Gegenwind, aber auch viele Anchlüsse an ländliche Traditionen, wie man gemeinschaftlich und gemeinwirtschaftlich Dinge organisiert.

Bandt: Aus meiner Perspektive ist die nicht gewinnorientierte Bürgerenergie, bei der es ja um den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit um Klimaschutz geht, eine absolut gemeinwohlorientierte Zielstellung. Dazu kommt allerdings noch, dass es nicht nur bei der ökologischen Technologie bleibt, sondern dass es zum Konzept gehört, dass Menschen es miteinander vollbringen – einerseits in Bürgergenossenschaften, aber auch in gemeinnützigen GmbHS. Je nachdem, was gerade passt. Neu ist außerdem, dass sie es in ihren lokalen Räumen gemeinsam verbrauchen und dafür auch noch niedrigere Energiepreise zahlen, als würde der Strom aus ganz Deutschland dahin geführt. Das erfordert viel Gemeinschaftsinitiative, schafft ein Miteinander und einen Zusammenhalt im ländlichen Raum, aber auch in der Stadt.

Frau Dehmer, können Sie mir als überzeugten Stadtmenschen den Reiz des ländlichen Raumes erklären?

Dehmer: Ich bin ja auch ein Stadtmensch und überzeugt. Für meine Mitautorin Cornelia Harrer und mich war auch der Ausgangspunkt für unseren Text, dass wir beide überzeugte Städterinnen sind. Wir haben uns aber von den vielen Reizen des Landlebens überzeugen lassen. Das erste, was auf der Hand liegt, ist wohl das viele Grün und der der Platz und die Weite, die man

auf dem Land hat. Für Städter*innen ist es ja was ganz besonderes, den Blick auch mal weit schweifen zu lassen. Darüber hinaus ist Landleben etwas, was mit Freiräumen und Zugehörigkeit zu tun hat. Heute bietet das Land fast im gleichen Maße Freiraum, wie es die Stadt bietet: Für neue Ideen, mehr Luft mit neuem Platz und Mitstreiter*innen. Auf der anderen Seite gibt es mehr Verbundenheit. In der Typisierung der Bewohner*innen des ländlichen Raumes finden wir ja einerseits „Stadtflüchtlinge“ und auch Rückkehrer*innen, die beispielsweise zum Studieren mal in der Stadt gewohnt haben. Letztendlich ist der Reiz des Landlebens aber auch etwas sehr Individuelles. Es gibt sehr viele Stereotypen und Zuschreibungen zum ländlichen Raum. Wir haben aber den Eindruck, dass diese sich mehr und mehr auflösen. Es ist gar nicht mehr so klar, was das Leben in der Stadt und auf dem Land jeweils bedeutet. Unterschiede gibt es eigentlich nur noch bei den Einkaufsmöglichkeiten und der Bustaktung. Ansonsten verschimmt es zunehmend.

Herr Bandt, Sie vergleichen die Bürgerenergie mit dem Creative Commons-Projekt Wikipedia. Können Sie erklären, wie Sie das meinen?

Bandt: Wikipedia lebt von einem unbezahlten Engagement der Menschen und schafft ein Wissenssystem, welches normalerweise unbezahlbar wäre – und das auch noch in einem System ohne hierarchische Kontrolle. Es funktioniert dadurch, dass Menschen gegenseitig die Artikel besser machen und letztendlich kontrollieren, aber eben nicht zentralistisch wie bei einem Lexikon. Das ist bei Wikipedia hervorragend gelungen und hat eine weltweite Kraft gewonnen. Die Idee der Bürgerenergie ist auch, dass Menschen wieder befähigt werden, Strom aus Wind und Sonne nicht in Abhängigkeit von großen Konzernen zu produzieren, sondern für sich selbst. So als würde man gemeinsam einen Garten bewirtschaften und die Erzeugnisse gemeinsam konsumieren. Das ist eine weitere Parallele: Bei Wikipedia produzieren Menschen

Wissen, nutzen es aber auch gleichzeitig. Und es gibt viele, die nicht mitproduzieren, aber trotzdem das Wissen nutzen können. Das ist bei der Bürgerenergie auch eine Möglichkeit. Man muss nicht die gesamte Energie, die man gemeinsam in einer Energiegenossenschaft erzeugt, aufbrauchen. Man kann es auch an den Markt geben. Am Ende profitiert die ganze Gesellschaft davon, dass sich wenige zusammentun und gemeinsam Photovoltaik oder Windräder bauen.

Nun ist Energiepolitik auch manchmal ein heißes Eisen, gerade in den ländlichen Gebieten, wenn man an Demonstrationen gegen Windräder denkt. Ist da die Landbevölkerung noch nicht weit genug ?

Bandt: Nach unserer Erfahrung hat die im Jahr 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gestartete Energiewende dort, wo im ländlichen Raum Windräder von Bürgerenergie-Initiativen betrieben wurden, wesentlich mehr Akzeptanz bekommen als dort, wo Konzerne oder Investoren hingekommen sind und einfach ein Windrad bauen wollten. Davon profitiert ja auch nur derjenige, der dafür sein Land hergibt. Bei den Bürgerenergiegenossenschaften haben die Menschen in der Region oder dem Dorf gemeinsam eine Anlage und profitieren unmittelbar. Das verändert die Debatte komplett. Dramatischerweise wurde diese Möglichkeit in den vergangenen Jahren immer weiter erschwert. Wir müssen wieder mehr Bürgerenergie möglich machen und ich bin mir sicher, dass sich dann auch wieder Debatten, die wir momentan um erneuerbare Energien haben, auflösen.

Dehmer: Ich möchte noch ergänzen, dass man natürlich nicht pauschal sagen kann, dass die Landbevölkerung dagegen wäre. Es gibt ja überall Möglichkeiten, gegen etwas zu mobilisieren. Ich teile da auch die Einschätzung von Herrn Bandt, dass es viel mit Kommunikation zu tun hat und wie man im Dialog auftritt. Es hat vielleicht auch etwas damit zu tun, inwiefern wir Stadt und Land stärker zusammendenken. Es gibt dann oft die Befürchtung: Die anderen brauchen es, aber dann soll es bei uns stehen. So ist es ja nicht. In vielerlei sind Land und Stadt voneinander abhängig und existieren gemeinsam. Man sollte sowieso viel mehr nach dem Gemeinsamen suchen.

Herr Bandt, ist die Energiewende eine Chance für die Bürgerenergie oder liegt die Energiepolitik zu sehr in den Händen der Energiekonzerne?

Bandt: In den ersten Jahren war es so, dass die Energiewende in Form von Windkraftanlagen zur Hälfte in der Hand von Bürgerenergie-Initiativen war. In den letzten Jahren wurde das weiter erschwert, so dass es für viele inzwischen uninteressant geworden ist. Daher stagniert diese Zahl und der Zubau jetzt findet durch große Konzerne und Investoren statt. Das ist ein Problem, weil die ja auf die bereits geschilderten Vorbehalte treffen. Und einige stimmen ja auch: Es finden Landschaftsveränderungen statt und wenn ich direkt neben einem Windrad wohne, kann das durchaus eine Belastung sein. Das ist natürlich kein Treiber für eine Energiewende. Wir versprechen uns von so einer Bürgerenergie, dass wir viel schneller mit dem notwendigen

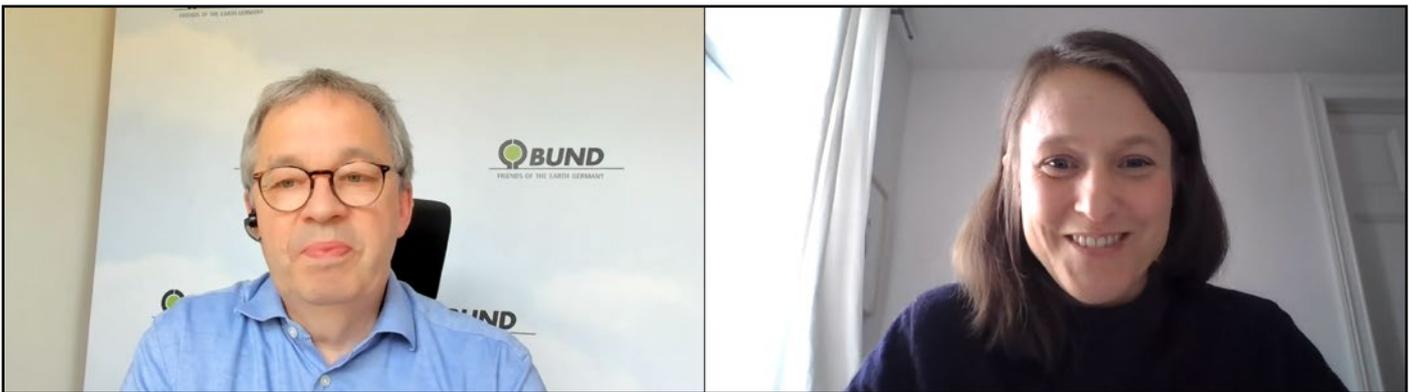
Ausbau erneuerbarer Energien vorankommen, weil wir dann das Interesse dort haben, wo die Anlagen stehen. Man muss es so ausgestalten, dass die Menschen und nicht die Investoren an der Börse etwas davon haben beim Ausbau der Erneuerbaren.

Frau Dehmer, die stellen dem Land eine ganz gute Zukunftsprognose aus. Nun wurde durch Corona ja das Home Office entdeckt und sowohl Arbeitnehmer*innen als auch Arbeitgeber*innen sehen darin Vorteile. Wie wird sich das auf das Stadt-Land-Verhältnis auswirken. Stehen wir vor einer Stadtfucht?

Dehmer: Wenn wir zurückschauen gibt es eigentlich immer Wellenbewegungen im Verhältnis Stadt und Land. Die 2000er Jahre waren durch einen starken Urbanisierungstrend gekennzeichnet und einer Zunahme der Binnenwanderung in die Städte. Jetzt ist es eher umgekehrt. Es gibt Anzeichen für einen Trend zur Suburbanisierung. Da muss man aber auch nochmal genau hinschauen, was eigentlich der ländliche Raum ist. Derzeit profitiert vor allem der Stadtrand, auch Speckgürtel genannt, wie man an den steigenden Immobilienpreisen dort sehen kann. Der dehnt sich immer weiter aus, also es profitiert nicht unbedingt der klassische ländliche Raum. Das bezieht sich vor allem auf Binnenwanderung. Der internationale Zuzug findet weiterhin in die Großstädte statt und deswegen wachsen sie auch weiter. Trends und Wellen wird es immer geben. Die Struktur in Deutschland ist polyzentral, also alles existiert nebeneinander: Große, mittlere und kleine Städte sowie der ländliche Raum. Und erstmal ist davon auszugehen, dass dieses Nebeneinander bestehen bleibt. Und natürlich ist auch nicht jeder ländliche Raum gleich. Auch da gibt es Regionen, die attraktiver sind als andere. Das hängt zum Beispiel von Jobangeboten ab, aber auch ganz zentral von der Infrastruktur, insbesondere auch sozialen Diensten und Angeboten und ob es vor Ort Engagement, Initiativen und sowohl Lust als auch Möglichkeiten gibt, etwas mitzugestalten. Das ist es, was Leute anzieht und attraktiv ist.

Sie schreiben auch, das Modell des Dorfladens etabliert sich zunehmend dort, wo der klassische Supermarkt mehr und mehr verschwindet und dann durch ein genossenschaftliches Modell ersetzt werden muss. Wo Menschen sind, werden aber doch immer Lebensmittel gebraucht Warum zieht sich ausge-rechnet hier der Kapitalismus so zurück?

Dehmer: Das finde ich manchmal auch nicht so eindeutig. Die Supermärkte sind natürlich daran interessiert, einen möglichst großen Raum einzunehmen und es gab auch lange einen Trend in den Kommunen, alles auf die sogenannte „grüne Wiese“ zu stellen, also große Gewerbeflächen auf dem Land oder außerhalb der Städte auszuweisen. Das sind auch attraktive Orte für einen großen Markt, aber die Kaufkraft in Dörfern ist nicht immer so groß. Das Charmante an den Dorfläden ist ja, dass es um mehr als um die Versorgung mit Lebensmitteln geht. Er ist ja auch die Seele des Dorfes, in dem man sich trifft, plaudert und etwas voneinander mitbekommt. Das ist die Idee von den Dorfläden: Eine Einkaufsmöglichkeit, oft noch mit anderen sozialen Dienstleistungen, aber auch ein Ort der Begegnung zu sein.



Bandt: Letztendlich ist ja derzeit das Credo des Neoliberalismus, dass wir uns als Gesellschaft weder einen Lebensmittelladen auf dem Land, noch eine Landwirtschaft leisten können, die gerecht mit Tieren umgeht. Am Ende heißt es immer: „Das können wir uns nicht leisten!“ In der letzten Konsequenz heißt es dann, dass man weder die Läden, noch die Menschen in der Landwirtschaft braucht. Das ist die nächste Stufe. Es wird immer weiter technisiert, dann bräuchte man auch keine Menschen mehr im ländlichen Raum. Damit würde man sich die Lebensgrundlage abschneiden und die Dorfstruktur aussterben lassen. Das bringt Frau Dehmer ja auch gut auf den Punkt: Der Kapitalismus sieht es derzeit nicht mehr vor, dass da Menschen leben. Und dafür müssen wir kämpfen. Wir brauchen eine Perspektive zur Gestaltung für Menschen im dörflichen Raum als Gegenentwurf zu „Immer billiger. Immer schneller, immer mehr“

Nun sind solche Konzepte aber auch relativ voraussetzungsreich. Also die Menschen müssen schon mitmachen. Aber wenn es mir jetzt egal ist, solange mein Strom aus der Steckdose kommt und ich mit meinem Auto eben in den nächsten Supermarkt fahren kann: Wie kann man die Menschen denn bewegen, sich in der Dorfgemeinschaft oder einem Energieprojekt einzubringen?

Bandt: Zunächst einmal brauchen wir politische Rahmenbedingungen. Die Europäische Union schreibt das sogar vor. Sie hat eine Richtlinie für den Ausbau der erneuerbaren Energien, in der Bürgerenergien eine große Rolle zugewiesen wird. Und das muss Deutschland in nationales Recht umsetzen. Damit hätte man eine Bedingung. Man braucht natürlich Strukturen, weil man das nicht ganz an den Energiemärkten vorbei machen kann. Wenn es das dann gibt, zeigt die Erfahrung im ländlichen Raum, dass das eine verbindende Perspektive sein kann, wenn Menschen nicht mehr von einem der vier großen Stromerzeuger in Deutschland abhängen wollen. Warum sollen sie über 30 Cent pro Kilowattstunde bezahlen, wenn der Strom für 10 Cent selbst gemacht werden kann? Wo das gelungen ist, berichten auch viele, dass sie abends nicht mehr allein vor ihren Fernsehern gesessen, sondern gemeinsam das Energienetz geplant haben. Da waren schichtübergreifend alle dabei. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann man das initiieren. Und was ist wichtiger, wenn nicht Klimaschutz? Und es wird ja auch finanziell gefördert. Dann sollten wir jetzt auch mal den Bürgerwillen freilassen und nicht mit Bürokratie behindern. Dafür braucht es auch veränderte Mehrheiten nach der Bundestagswahl.

Da muss ich noch einmal nachfragen: Dass der Strompreis deutlich sinkt, hat mich hellhörig gemacht, Herr Bandt. Denn hohe Strompreise sind ja auch ein soziales Problem. Und ein klassischer Vorbehalt ist ja, dass platt gesagt „Öko“ eher was für die Besserverdienenden ist. Muss man damit aufräumen?

Bandt: Die Prosumergemeinschaft, die Energie erzeugt und auch nutzt, wird von Netzentgelten befreit, die sich danach berechnen, dass ganz Deutschland eine Kupferplatte ist, wo der Strom beliebig hin- und hertransportiert wird, und die Kosten dafür stecken im Strompreis. Das sind erhebliche Summen. Wenn ein Großteil des Stromes direkt in der Region erzeugt und verteilt wird, benötigt man weniger Hochspannungsmasten und man könnte Netzentgelte in diesen Gemeinden reduzieren und so würde es günstiger. Das ist kein reiner Altruismus und nicht nur klimaschonend, es sollte sich auch finanziell lohnen für die Menschen.

Frau Dehmer, und wie sieht es mit der Bereitschaft zum Engagement für die Dorfgemeinschaft insgesamt aus? Welche Rahmenbedingungen braucht es, um diese zu fördern?

Dehmer: Wir brauchen vor allem Rahmenbedingungen, die Engagement und Gestaltung durch Bürger*innen ermöglichen. Nicht dazu gehören beispielsweise Gebietsreformen, die aus vermeintlichen Effizienzgründen dazu führen, dass immer mehr Gemeinden politisch und administrativ zusammengelegt werden. Da stoßen wir im ländlichen Raum immer wieder drauf – im Ergebnis heißt das oft, dass Verwaltung und Politik eingedampft wird und dann sprichwörtlich auch noch der Briefkasten abgeschraubt wird. Das kann zu einem unheimlichen Entwertungsgefühl führen. Und egal ob auf dem Land oder in der Stadt: Engagement braucht immer Unterstützung. Der Einzelkämpfer oder die Einzelkämpferin kann nichts ausrichten. Dafür ist auch eine funktionierende Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur wichtig. Man muss die Menschen aber auch nicht zum Jagen tragen. Unsere Erfahrung ist, dass viele Menschen sich gerne dort engagieren, wo sie wohnen oder andersherum, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, braucht man die Leute nicht erst animieren, sich zu engagieren.

Das Interview führte Philipp Meinert

GEMEINWOHL MAL ZWEI

AGRARPOLITIK UND WOHLFAHRT

Elisabeth Fresen ist Landwirtin und im Bundesvorstand der Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Sie beschäftigt sich sowohl praktisch als auch theoretisch damit, wie ihr Berufszweig ökologisch und sozial für Alle wirtschaften kann.

Dr. Joachim Rock ist Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Arbeit und Europa. Er interessiert sich für Alternativen zum aktuellen Wirtschaftssystem im Neoliberalismus.



Frau Fresen, Herr Rock, was haben Landwirtschaft und Agrarpolitik mit Wohlfahrtspflege gemeinsam?

Fresen: Landwirtschaft und die Agrarpolitik betreffen ja einen Teil der Wirtschaft und in den Händen von uns Bäuerinnen und Bauern liegen ganz wertvolle Ressourcen: der Boden, das Wasser, die Artenvielfalt, das Thema Naturschutz und das Tierwohl. Also all das liegt in unseren Händen und deswegen ist es so wichtig, dass wir unser Wirtschaften an Kriterien des Gemeinwohls ausrichten...

Rock: ...da kann ich gleich anschließen. Gemeinwohlorientierung ist für uns als übergreifende Kategorie in der Wohlfahrtspflege natürlich auch zentral. Ich glaube, da gibt es eine Menge Parallelen. Ich fühle mich in beiden Welten ein bisschen zu Hause, meine Eltern haben einen Hof. Die große Gemeinsamkeit zwischen Wohlfahrtspflege und Landwirtschaft ist, dass beide Bereiche wirklich Werte für die Gesellschaft produzieren. Das ist nicht in allen Bereichen unserer Wirtschaft so gegeben. Denken wir an die Finanzindustrie, die unsere Wirtschaft sehr stark prägt. Landwirtschaft und Wohlfahrtspflege sind tatsächlich von so elementarer Bedeutung, dass es sie überall gibt und geben muss, selbst in der kleinsten Gemeinde, überall in Deutschland.

Frau Fresen, Landwirtschaft schafft Mehrwert per se, die Nahrung, die uns alle nährt. Sie haben aber schon besondere Vorstellungen davon, wie Landwirtschaft besser organisiert werden könnte. Sie sagen explizit, es braucht eigentlich noch viel mehr Gemeinwohlorientierung ganz konkret in der Wirtschaft. Finden die Idee alle Landwirte toll?

Fresen: Nein, es gibt selbstverständlich auch unter Landwirtinnen und Landwirten unterschiedliche Meinungen. Wir sind nicht sozusagen eins. Was uns eint, ist, dass wir abhängig sind von unserer Umgebung. Also auch die ist ein Gemeingut! Klima, sauberes Wasser oder gesunder Boden sind Gemeingüter. Das sind unsere Wirtschaftsgrundlagen und wir sind abhängig, dass diese Wirt-

schaftsgrundlagen geschützt werden. Gleichzeitig halten wir sie auch in unseren Händen und wollen sie möglichst gut in die nächste Generation übergeben. Das ist der eine Aspekt. Deswegen liegt es eigentlich schon im Urinteresse von Bäuerinnen und Bauern, Gemeinwohlleistung zu erbringen, Gemeingüter zu schützen und sogar zu verbessern. Ein neuer interessanter Aspekt, der in den letzten Jahren aufgekommen ist, dass wir mit der Erbringung von Gemeinwohlleistung Geld verdienen können müssen. Es geht nicht, dass wir beispielweise kostenlos klimaschonend wirtschaften und nicht dafür entlohnt werden. Das ist ein neuer Gedanke. Das Problem ist aber, dass wir als Bäuerinnen und Bauern immer spezialisierter arbeiten müssen und dass es dabei unter so einem Druck dazu kommt, dass das Gemeinwohl hinten runterfällt. Daher fordern wir, dass ein Wirtschaften möglich ist, bei dem Gemeingüter nicht zu Schaden kommen, sondern sie im besten Falle noch aufgebaut und geschützt werden.

Wie ist aktuell so das Verhältnis? Wie viel Bäuerinnen und Bauern sind noch individuell in Deutschland unterwegs und wo sind es nur noch große Agrarkonzerne?

Fresen: Es gibt im Moment ungefähr 270.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland und es werden immer weniger. Wir verlieren jedes Jahr ungefähr drei Prozent der Höfe. Das bedeutet, dass die bestehenden Betriebe immer größer werden. Und da haben wir schon ganz unterschiedliche Strukturen. In Ostdeutschland sind die Betriebe tendenziell größer als in Süddeutschland. Allerdings kann man jetzt nicht sagen: „Ein großer Hof ist immer schlecht und ein kleiner Hof ist immer gut.“ So einfach geht das nicht. Ich habe auch einen relativ großen Betrieb mit 170 Hektar und erbringe sehr hohe Gemeinwohlleistungen, weil ich sehr viel Naturschutz betreibe. Ich halte meine Kühe sehr artgerecht und erbringe noch viele andere Gemeinwohlleistungen. Man kann Gemeinwohl nicht an Betriebsgrößen festmachen. Wir haben viele Bäuerinnen und Bauern und viele Höfe. Vielfalt ist

auch Resilienz, Ideenvielfalt. Viele, vielfältige Betriebe bedeuten, dass unser System resilienter ist und mehr Innovation einfach geschieht.

„Vielfalt stärkt die Resilienz“, Vielfalt ist wichtig. Da ist man ja quasi sofort bei den Grundwerten des Paritätischen, Herr Rock. Wie ist das in der Wohlfahrtspflege, sind da Trägervielfalt und Innovationsfähigkeit auch gefährdet durch aktuelle Entwicklungen?

Rock: Ja, die Vielfalt ist auch hier gefährdet, denn in der Wohlfahrtspflege droht im Teil genau das Gleiche, was Elisabeth Fresen am Beispiel der Landwirtschaft beschreiben kann, also dass es Konzentrationsprozesse und große Ketten gibt, die nach immer dem gleichen Muster und immergleichen Standards soziale Arbeit organisieren. In den 1970ern hatten wir in Deutschland über 1.000.000 Höfe, jetzt haben wir nur noch ein Viertel. Und da geht natürlich ein hohes Maß an Vielfalt mit unterschiedlichen Herangehensweisen verloren und genauso droht das auch in der Wohlfahrtspflege. Soziale Arbeit ist eigentlich etwas, das in Kooperation zwischen dem betroffenen Menschen, der eine Dienstleistung in Anspruch nimmt und dem Menschen der Hilfe leistet, stattfindet, sie ist damit etwas höchst Individuelles und Vielfältiges. Mit unseren über 10.000 Mitgliedsorganisationen im Paritätischen haben wir die Möglichkeit und das Privileg, dass wir ja auch ungefähr über 10.000 verschiedene Herangehensweisen an Soziale Arbeit haben. Und da sind viele spannende neue Sachen, die man sonst gar nicht mehr entdecken würde. So entstehen Innovationen.

Kritiker*innen sagen: Wohlfahrt steht doch gerade den Innovationen im Weg. „Ihr wollt doch bloß Eure Pfründe sichern, wenn Ihr kommerzielle Unternehmen da aus der Erbringung sozialer Leistungen raushalten wollt.“

Rock: Es ist ein ganz merkwürdiges Verständnis. Wirkungsorientierung versucht man heute immer nach vorne zu stellen. Ich habe häufig Anrufe, wo Menschen sagen: „Wir würden Sie gern mit unternehmerischen Ideen für den sozialen Bereich vertraut machen, aber haben Sie keine Angst, wir kommen da nicht mit verrückten Ideen. Das sind alles wirkungsgeprüfte Sachen, die nach bestimmten Mustern ablaufen.“ Und da sage ich: „Das möchte ich gerne nicht. Ich möchte gerade die verrückten Ideen.“ Innovationen entstehen nicht durch Wiederholungen, sondern dadurch, dass man das Nebeneinander unterschiedlicher Ansätze respektiert und fördert. Das ist wie der Unterschied zwischen einer handfesten Monokultur und einer bunten Blumenwiese: Da bringt die bunte Blumenwiese nicht nur das schönere Bild, sondern tatsächlich auch die lebendigere Landschaft.

Herr Rock, Sie kritisieren unter anderem sogenanntes Social- und Greenwashing von „Renditejägern der Gegenwart“, die sich als soziale Unternehmer tarnen. Aber wenn am Ende etwas Gutes für Mensch und Umwelt dabei rumkommt, kann es doch eigentlich dem Menschen egal sein, wie das Unternehmen aufgestellt ist, das mir dann hilft, oder nicht?

Rock: Wenn am Ende etwas Gutes für die Menschen rum kommen würde, dann wäre das natürlich grundsätzlich zu begrüßen. Was ich kritisiere ist, dass damit häufig eine Form der Mimikry, der Verkleidung zur Tarnung, verbunden ist. Man versucht sich

so zu verkleiden, als wäre man tatsächlich ein gemeinwohlorientiertes, ein gemeinnütziges Unternehmen. Man ist es aber nicht, weil tatsächlich die Rendite im Vordergrund steht. Das ist, glaube ich, ein großes Problem z.B. auch für die Ernährungsproduktion, wenn Dinge als Bio dargestellt werden, die tatsächlich damit nichts zu tun haben. Und das ist Teil des Problems auch unseres Wirtschaftssystems.

Frau Fresen, ökologisch orientierten Menschen wird oft vorgeworfen das Soziale nicht mitzudenken. Wie bringen Sie das Soziale in Ihr Konzept ein? Können Sie das kurz umreißen?

Fresen: Zum einen geht es darum, dass die Subventionen, die wir erhalten, eben sozial gerecht gezahlt werden müssen. Wir sind ja ein hochregulierter Wirtschaftssektor, wenn man es so ausdrücken möchte. Also wir bekommen sehr viele Subventionen und die werden im Moment nicht nach sozialen Kriterien ausbezahlt, sondern einfach nach Fläche. Das ist nicht in Ordnung, schon gar nicht in Pandemiezeiten. Da müssen wir uns fragen: Wir haben nur begrenzt Geld und wer bekommt eigentlich Geld und wofür geben wir eigentlich Geld aus? Und dann ist es nicht in Ordnung, wenn große Konzerne, die Investoren gehören, einfach sehr viel Geld bekommen von unseren Steuergeldern. Wir als Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordern, dass Subventionen gedeckelt werden. Es sollte eine Höchstgrenze geben, eine maximale Fördersumme und alles was darüber hinausgehen würde, wird einfach nicht gezahlt. Das ist eine soziale Komponente. Eine andere ist, dass Menschen, die im Lebensmittelsektor arbeiten, also Saisonarbeiter*innen, zum Beispiel in Schlachthöfen, besser bezahlt werden können. Es kann doch nicht sein, dass ich den ganzen Tag schufte und Spargel steche und mir am Ende nur das billigste Fleisch leisten kann. Alle Menschen in Deutschland müssen fair bezahlt werden, so dass sie sich dann auch gute Lebensmittel leisten können. Und da kommen wir auch nochmal zu etwas anderem. Wenn Bäuerinnen und Bauern keine fairen Preise bekommen, können auch Bäuerinnen und Bauern sich keine guten Lebensmittel leisten und können auch nicht vorsorgen für das Alter. Sie können sich auch nicht gut um sich selbst kümmern. Also die soziale Frage betrifft uns Bäuerinnen und Bauern auf mehreren Ebenen und wir versuchen das eben auch als AbL auf verschiedenen Ebenen zu adressieren.

Und wie sieht es auf der Verbraucher*innenseite aus? Macht es die Produkte im Laden im Endeffekt teurer? Kann es dann sein, dass sich viele auch den Liter Milch nicht mehr leisten können?

Fresen: Ja und nein. Lebensmittel müssten tatsächlich teurer sein, damit Bäuerinnen und Bauern fair entlohnt werden. Gleichzeitig müssen aber auch Menschen genügend Geld verdienen und die soziale Grundsicherung muss hoch genug sein, damit auch diese Menschen sich Milch aus artgerechter Haltung leisten können. Und was wir nicht vergessen dürfen ist, dass wir alle Steuergelder zahlen, die in Form von Subventionen auf die Betriebe kommen. Und diese Subventionen sollten im Sinne der Gesellschaft eingesetzt werden. Die Gesellschaft will artgerechte Tierhaltung. Die Gesellschaft will vielfältige Bauernhöfe. Sie will nachhaltige Produktion, Wasserschutz, Klimaschutz. Und wir können das als Bäuerinnen und Bauern. Wenn man all diese verschiedenen Komponenten beachtet oder nutzt, dann werden Lebensmittel mit



Sicherheit teurer sein, aber auch nicht unerschwinglich.

Sie stellen konkrete Modelle vor, wie das praktisch umgesetzt werden könnte. Sie sprechen von der solidarischen Landwirtschaft, von der Regionalwert-AG. Hört sich jetzt für Leute, die nicht tagtäglich in dem Bereich sind, irgendwie cool an, aber vielleicht skizzieren Sie kurz, was verbirgt sich dahinter?

Fresen: Das sind zwei Konzepte, an denen wir das exemplarisch zeigen wollten. Es gibt auch noch andere Lösungen, aber diese sind quasi sehr bildlich. Die solidarische Landwirtschaft funktioniert so: Ich würde als Bäuerin sagen: Hey, hier ist mein Hof. Ich habe Arbeitskapazität. Ich habe Boden. Ich habe Wissen. Beispielsweise 100 Menschen können sich bei mir Anteile kaufen und würden mir, bevor ich überhaupt anfangen zu arbeiten, zusichern, dass sie mir monatlich einen gewissen Geldbetrag zahlen und dafür werde ich alles, was ich auf dem Hof produziere durch diese 100 Menschen teilen. Ich habe ein sicheres Einkommen und die Menschen, die diese Anteile haben, haben Einfluss auf die Produktion. Sie können mitbestimmen, was ich anbauen soll, nach welchen Standards ich arbeite, welche Sorten ich einsetze und so weiter. Sie haben also direkten Einfluss auf die Arbeit, die geschieht und profitieren davon, wenn es mal eine sehr gute Ernte gibt, tragen aber auch mit, wenn etwas mal schief läuft. Und solche solidarischen Höfe bzw. Höfe mit solidarischer Landwirtschaft stellen sich häufig sehr vielfältig auf, weil das einfach Resilienz bedeutet. D.h. niemals würde ein Hof nur Kartoffeln anbauen. Erstmal ist es gar nicht schön für die Mitglieder, wenn sie nur Kartoffeln essen können und dann tragen eben auch alle das Risiko und sagen: „Hey, nein bloß nicht nur Kartoffeln. Wir brauchen ja 20 verschiedene Gemüsesorten und am besten haben wir noch einen Hühnerstall usw.“ Also das wird sehr bildlich, sehr handfest und alle arbeiten direkt zusammen. Da ist dann auch eine Verbindung und das ist die große Stärke der solidarischen Landwirtschaft.

Eine Regionalwert AG funktioniert so, dass in einem größeren Raum, also über mehrere Landkreise, eine Regionalwert AG geschaffen wird. Dort können dann Betriebe Mitglied werden, also Höfe. Es können aber auch Restaurants, Schlachthöfe, Molkereien und Lebensmitteleinzelhandel Mitglied werden. Alle dort bauen sich ein Netzwerk auf. Ich würde dann z. B. mein Fleisch an ein Restaurant liefern, das ebenfalls in der Regionalwert AG ist. Und das Tolle ist: die Menschen aus dieser Region können sich Anteile kaufen. Ihr Geld also sehr sinnvoll einsetzen und bekommen als Dividende Genussscheine. Sie können dann mit der Dividende bei mir im Hofladen einkaufen, ins Restaurant gehen oder sich das Saatgut von einem Saatgutproduzenten kaufen. Das ist wirklich die

Ernährungswende vor Ort umgesetzt. So schaffen wir uns vor Ort ein tolles Netzwerk mit regionaler Lebensmittelerzeugung.

Herr Rock, Sie machen sich für eine „Bedarfwirtschaft“ stark. Passt das, was Elisabeth Fresen erzählt, zu diesen Vorstellungen?

Rock: Der Begriff der Bedarfwirtschaft bezeichnet eine Wirtschaft, die sich an den Bedarfen der Menschen orientiert und nicht am materiellen Gewinn. Er bezeichnet Wirtschaftsbereiche, wo es eben nicht um Effizienz geht, sondern wo Nichteffizienz zum Teil dazu gehört, damit die Dinge auch richtig funktionieren. Denken wir an das Rettungswesen. Wenn wir Rettungswagen so auslasten würden, dass jeder Rettungswagen wirklich dauernd durch die Gegend fahren würde, dann wäre das wirtschaftlich ungemein effizient. Der wäre aber dann nicht in 5 Minuten da, wenn mal ein Verkehrsunfall passiert. Damit würde er seinen Zweck verfehlen, gerade wegen der Effizienz. Und genauso haben wir viele Bereiche im sozialen Bereich, die ein Stück Nichteffizienz sich leisten müssen, um zu funktionieren. Es wäre unheimlich effizient, wenn unsere Intensivstationen immer maximal ausgelastet wären. Dann könnten sie aber gerade solche Herausforderungen, wie wir sie jetzt leider sehr eindrücklich erfahren, gar nicht mehr bewältigen. Diese Bereiche der Bedarfwirtschaft zeigen, dass es Bereiche geben muss, die nicht nach strengen marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionieren dürfen. Und wenn man jetzt im Supermarkt eine extra teure Milch kaufen muss, die mit einem zusätzlichen Siegel für einen fairen Anteil des Produzenten wirbt, dann ist das ja Ausdruck eines unheimlichen Marktversagens. Der Markt selbst stellt diesen fairen Preis für die Produzenten längst nicht mehr her. Das Geld geht woanders hin. Das zeigt, dass wir von dieser Form der Profitwirtschaft wegkommen müssen. Die Bedarfwirtschaft ist ein Modell, um davon wegzukommen und hat deshalb auch hohe Parallelen zur solidarischen Landwirtschaft.

Eins möchte ich in dem Zusammenhang noch betonen: Es wird jetzt sehr viel auch in den Wirtschaftsteilen von konservativen Zeitungen kritisiert, dass Enteignung drohen wird. Einen Bereich haben wir schon lange enteignet. Die Landwirtschaft! Mir war das auch selbst bis vor einigen Tagen gar nicht klar, aber 60 Prozent der Agrarflächen in Deutschland gehören gar nicht mehr Landwirten. Die gehören inzwischen Investoren, die gehören großen Unternehmen und das hat zu einem erheblichen Preisanstieg und Spekulationen geführt. Innerhalb der letzten 15 Jahre sind die Preise für Agrarflächen um das Doppelte gestiegen. Land ist inzwischen auch ein Spekulationsobjekt geworden und

das wieder tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen gerade vor Ort auszurichten ist ganz, ganz wichtig...

Land und Boden, gute Stichworte. Frau Fresen, also im Prinzip ist ja nun jedes Quadratnanometerchen auf dieser Erde verplant und in Deutschland sowieso. Wenn Sie jetzt überall solidarische Landwirtschaftsnetzwerke initiieren wollen, brauchen Sie ja noch viel mehr Ackerboden als Sie jetzt gerade individuell haben. Oder andere brauchen die Ackerböden. Die Preise für Ackerboden haben sich in den letzten 15 Jahren verdreifacht. Wie wollen Sie denn das ganze teure Land von all den Spekulanten wieder zurückholen?

Fresen: Ich denke am charmantesten und grundlegendsten wäre es, das Übel an der Wurzel anzupacken. Also warum ist Land so teuer geworden? Das hat ja verschiedene Gründe. Zum einen ist es Spekulationsobjekt. Es ist eben reizvoll, dort im Moment Geld anzulegen. Das müsste doch eigentlich verboten sein. Eigentlich dürfte es doch nur möglich sein, Land zu kaufen, wenn man darauf nachhaltig wirtschaftet. Das ist das eine. Aber warum können eigentlich Konzerne Land kaufen und es damit Bäuerinnen und Bauern wegnehmen? Da ist auch gerade in Ostdeutschland nach der Wende viel schiefgelaufen. Dann steigen Pachtpreise auch, weil wir viel zu viele Nährstoffe haben in Deutschland und manche Betriebe einfach Gülle oder andere Wirtschaftsdünger, so aus der Hühnerhaltung z.B., loswerden müssen. Die müssen irgendwie auf das Feld und es gibt eben eine Regulation, weil das Grundwasser bereits verschmutzt ist. Da werden Höchstpreise geboten, damit ich irgendwo meine Gülle oder irgendwo mein Substrat aus der Biogasanlage loswerde. Das muss irgendwo richtlinienkonform verklappt werden. Dadurch steigen auch Landpreise. Genauso steigen Landpreise, weil Verpächter oder Verkäufer wissen: „Hey du kriegst da übrigens noch 300 Euro pro Hektar Subventionen darauf, ohne dass Du dafür irgendwas machst. Reiche die doch mal bitte an mich durch.“ Das sind verschiedene Gründe, warum Landpreise zum Verkauf und zu Verpachtung steigen. Das führt dazu, dass es schwierig ist als bäuerlicher Betrieb überhaupt an Land zukommen und noch viel schwieriger ist es, für junge Menschen, die nicht erben, überhaupt einen neuen Betrieb zu gründen. Für die ist es quasi unmöglich. Manche Landwirtschaftskammern tun gar nichts. Die hatten noch nie den Vorgang „Betriebsgründung“. Die kennen nur „Hofübernahme“ oder „Hofschließung“. Ich habe hochqualifizierte Freundinnen und Freunde. Sie haben einen Plan, was sie machen wollen, aber kommen einfach nicht an das Land, um eine Grundlage zu bekommen. Da werden 20 Hektar lieber an den Großbetrieb hingeschoben, als dass ein junger Mensch eine Existenz gründen kann. Die Ursachen sind verschieden und die Wirkung der hohen Preise ist wirklich schlimm.

Herr Rock, gemeinnützige Organisationen sind weit überwiegend von Teams organisiert, etwa von den Vereinsvorständen. Diese Organisationen seien kleine Demokratien, sagen Sie gern. Sie fordern eine Stärkung der sozialen Bewegung und eine Repolitisierung des sozialen Nahraums. Was genau meinen Sie damit?

Rock: Ich finde in der Tat, dass es die besondere Qualität, nicht nur in einer Demokratie zu leben, sondern auch als Organisation Demokratie zu leben, gerade in der Wohlfahrtspflege gibt. Un-

ternehmen sind immer Strukturen, die meistens wirtschaftlichen Imperativen folgen. Meistens gibt es einen Unternehmer oder auch Aktionäre, die dann in einer sehr abstrakten Art und Weise die Richtung des ganzen bestimmen. In der Freien Wohlfahrtspflege sind es immer Vereine oder ähnliche kollektive Organisationsformen. Es sind Menschen, die gewählt sind, die sich zusammen tun, die von einem gemeinsamen Ideal auch bewegt sind. Das ist das eine. Das andere ist, dass die dann auch gemeinsam die Erfahrung machen, dass ihr Engagement tatsächlich wirkt. Und gerade diese gemeinsame Wirksamkeitserfahrung braucht es viel stärker. Gerade viele einkommensärmere Menschen haben längst nicht mehr das Gefühl, dass sie etwas ändern können an sozialen Verhältnissen. Und deshalb sind es vereinsmäßige Arrangements, die uns helfen können, Demokratie wieder stärker einzuüben. Vereinsarbeit und auch solidarische landwirtschaftlich Engagementformen wirken vor Ort und halten den sozialen Zusammenhalt vor Ort aufrecht,

Einkommensarme Menschen, die sich schon komplett abgehängt fühlen und politisch vielleicht auch frustriert sind, an die musste ich vorhin auch denken als Frau Fresen von den Genussscheinen in der Regionalwert AG sprach, die man sich kaufen kann. Einkommensarme Menschen, die von Ihren Vorschlägen lesen und hören, wie würde Sie denen Mut machen sich auch einzubringen und sich zu engagieren?

Fresen: Einen wichtigen Punkt habe ich vorhin bei der solidarischen Landwirtschaft vergessen. Nämlich, dass Solidarität nicht nur bedeutet, dass die Menschen, die da mitmachen, mir all Bäuerin ein festes Einkommen zahlen und ich dafür meine ganze Ernte mit ihnen teile. Nein, es ist auch so, dass es Bietrunden gibt. Also, ich sage, ich brauche so und so viele tausend Euro im Jahr. Wie kommen die denn zustande? Und dann kann eben die Familie mit drei Kindern weniger in den Topf legen als z.B. das Rentnerhepaar. Die können dann mehr zahlen. Das bedeutet auch, dass nicht alle Menschen gleich viel zahlen, sondern alle Menschen so viel zahlen, wie sie können. Und das kann dazu führen, dass eine junge Familie mit vier Kindern und einem geringen Einkommen sehr viel weniger zahlt, aber viel mehr Lebensmittel bekommt als z.B. das Rentnerpaar, das gut verdient, mehr reingibt, als es kann, aber eben weniger Lebensmittel braucht. Das ist auch Teil des Solidarprinzips und eine Stärke der solidarischen Landwirtschaft.

Rock: Ich denke man unterschätzt häufig auch, dass es bei vielen Betroffenen der Alltag ist, dass sie sich selbst Nahrungsmittel anbauen. Gerade bei einkommensarmen Menschen in strukturschwachen ländlichen Regionen gehört es doch dazu, dass sie zur Ergänzung der häufig schmalen Renten oder von anderen schmalen Geldleistungen selbst Kartoffeln, Gemüse oder Salat anbauen. Das ist weit verbreitet. Und ansonsten ist gesunde Ernährung natürlich auch etwas, was man sich leisten können muss.. Häufig wird dann immer einkommensarmen Menschen unterstellt, dass sie eine Vorliebe so zu Konservennahrungsmitteln haben. Aber das ist ja auch den organisatorischen Zwängen und den ökonomischen Verhältnissen geschuldet. Eine Familie, die kein Auto zur Verfügung hat, kann sich frisches Gemüse nicht mal eben in der Stadt holen. Sie muss darauf achten, vor allem haltbare, preis-

werte Lebensmittel zu haben, und da landet man dann schnell bei der Konserve – nicht aus Lust, sondern weil man muss. Grundsicherungsberechtigte trifft das besonders. Daraus folgt, wir müssen schlicht für mehr Einkommen, mehr Geld für diese Menschen streiten, um ihnen zu ermöglichen, sich auch eben diese Lebensmittel, die möglichst regional bäuerlich dann hergestellt werden, leisten zu können.

Kommen wir zur letzten Frage: Herr Rock, müssen wir das Rad einfach nur zurückdrehen zur „guten alten Zeit“, bevor der Neoliberalismus seinen Durchmarsch hatte?

Rock: Nein, wir können das Rad nicht zurückdrehen, aber was wir uns bewusst machen müssen ist, dass wir vieles, was wir heute eigentlich nötig hätten, früher schon einmal hatten. Nehmen wir die Tarife im Pflegebereich. Das war damals in den

Achtziger Jahren schon Realität, dass Menschen die in der Pflege tätig sind, selbstverständlich nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt wurden. Das hat man aus Kostengründen, aus Effizienzgründen in den Neunziger Jahren, die sehr neoliberal geprägt waren, abgeschafft. Und heute haben viele junge Menschen häufig gar nicht mehr das Bewusstsein dafür, dass es früher alles schon einmal anders funktionierte. Dieses Bewusstsein hochzuhalten, dass es anders sein kann, dass es eben nicht so sein muss wie das Wirtschaftssystem uns gerade suggeriert. Das ist, denke ich, was ganz wichtig ist, damit wir daraus alternative Ideen, Innovationen und das Bewusstsein für unsere Möglichkeiten weiter entwickeln.

Das Interview führten Gwendolyn Stilling und Philipp Meinert

MIETENSTOPP



Der Paritätische ist Teil des zivilgesellschaftlichen, überparteilichen Bündnisses, das sich für einen bundesweiten Mietestopp einsetzt. Wir wollen nicht, dass die soziale Kluft immer größer wird. Die Bundesregierung muss daher handeln und für 6 Jahre einen bundesweiten Mietestopp umsetzen!

Warum muss jetzt etwas passieren?

ERBARMUNGSLÖSE MIETPREISSPIRALE

Immer mehr Menschen in Deutschland haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren. Die Mietpreisspirale dreht sich ohne Erbarmen nach oben. Selbst mitten in der Corona-Pandemie steigen die Mieten vielfach weiter, gleichzeitig müssen viele Menschen mit Einkommensverlusten klarkommen.

Die Mieten gehen nicht nur in den Ballungsräumen nach oben, der Mieten-Wahnsinn hat mittlerweile auch ländliche Gebiete erreicht. Doch jede und jeder von uns muss wohnen können. Wohnen ist aber ein Menschenrecht und kein Spekulationsgut.

FEHLENDER POLITISCHER WILLE

Die meisten politischen Entscheider*innen weigern sich bislang, einen Kurswechsel einzuleiten, um den Betroffenen zu helfen. Die bisherigen Ansätze, den aus dem Gleichgewicht geratenen Mietmarkt zu bändigen, reichen bei Weitem nicht aus. Mieter*innen sind weiterhin meist schutzlos dem Markt ausgeliefert. Wir wollen, dass Akteure, die auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich handeln, gefördert werden und diejenigen, denen es ausschließlich um Profite geht, in ihre Schranken gewiesen werden.

ALLERHÖCHSTE ZEIT

Es sind grundlegende Reformen notwendig. Reformen brauchen Zeit. Sehr viele Mieter*innen haben aber keine Zeit

mehr! Damit die notwendigen Reformen und Maßnahmen umgesetzt werden können, fordern wir als "Bestandsschutz" einen bundesweiten Mietestopp für 6 Jahre, mit der Umsetzung der TOP-Forderungen im ersten Schritt.

Daher fordern wir:

1. MIETEN EINFRIEREN

Bundesweit für 6 Jahre

Die Mieten sollen auf dem jetzigen Stand flächendeckend und bundesweit für sechs Jahre eingefroren werden. Auch bei Wiedervermietungen braucht es strikte Oberwerte. Die Überforderung mit bislang überhöhten Mieten muss ein Ende haben. Im Klartext: Keine Mieterhöhungen mehr! Das gilt auch für Staffel- und Indexmieten.

2. FAIRMIETER*INNEN UNTERSTÜTZEN

Ausnahmen mit Oberwerten

Damit faire Vermieter*innen, wie etwa viele Genossenschaften und private Vermieter*innen, nicht in Bedrängnis kommen, soll ihnen eine maximale Mietsteigerung von 2 Prozent jährlich erlaubt sein. Dies, insoweit die bislang gezahlte Miete bestimmte Oberwerte nicht übersteigt.

3. BAUEN, BAUEN, BAUEN

Bezahlbare Mietwohnungen statt Luxus

Neubau ist ausgenommen, damit weiter dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird. Klar sein muss aber auch: Niemand braucht weitere Luxuswohnungen. Neubau hilft nur, wenn bezahlbare Mietwohnungen entstehen!

Am 19.06. werden wir in ganz Deutschland ein buntes und hörbares Zeichen für den Mietestopp setzen! Mach mit im Rahmen einer Aktion in Deiner Stadt oder Gemeinde. Eine weitere große Aktion ist wahrscheinlich am 11.09. geplant. Weitere Infos auf www.mietenstopp.de

KOMMENTAR

DAS KIND MIT DEM BADE

AUSGESCHÜTTET

Schlussfolgerungen aus der Geschichte der Einkaufspolitik der Bundesagentur für Arbeit

Wer erinnert sich heute noch an den Vermittlungsskandal in der Bundesanstalt für Arbeit? Nachdem bereits ein Whistleblower aus dem Controlling im Jahre 1998 auf massive Manipulationen bei der Bundesanstalt für Arbeit hingewiesen hatte, brauchte es bis 2002, bis der Bundesrechnungshof aufdeckte, dass die Arbeitsverwaltung ihre Vermittlungszahlen massiv schönzte, sich mit 85.000 Beschäftigten im Wesentlichen selbst verwaltete und nur 15.000 Vermittler*innen für ihre eigentliche Aufgabe einsetzte.

Die Hartz-Kommission wurde eingesetzt und entwickelte binnen eines halben Jahres Vorschläge für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, die zwischen 2003 und 2005 in vier „Hartz-Gesetzen“ teilweise realisiert wurden. Aus der Anstalt wurde eine Agentur für Arbeit.

In den Blick gerieten auch sehr hohe Aufwendungen für die Fort- und Weiterbildung Erwerbsloser bei relativ geringer (echter) Vermittlungsquote. Dabei gerieten die Anbieter, die teils den Arbeitgeberverbänden teils den Gewerkschaften sehr nahestanden, in den vielleicht nicht immer ganz unbegründeten Verdacht, die guten Kontakte in die Leitungs- und Aufsichtsgremien der Arbeitsverwaltung für auskömmliche Finanzierungen ihrer Leistungen zu nutzen.

Jedenfalls war ein wesentlicher Baustein des Umbaus der Arbeitsverwaltung die Zentralisierung der Einkaufsprozesse. In einer Unterrichtung an den Deutschen Bundestag vom 1. Februar 2006 formuliert die Bundesregierung sehr klar, es gehe bei der Zentralisierung des Einkaufs von Arbeitsmarktdienstleistungen neben Qualitätssicherung und Reduzierung von Verwaltungskosten um Korruptionsbekämpfung durch die Trennung von Bedarfsträgern und Einkaufsorganisation. Bedarfsträger ist der Begriff für die örtlichen Arbeitsagenturen und ihre Arbeitsvermittler*innen, die am besten wissen, wie die aktuelle örtliche Arbeitsmarktlage aussieht und welche Unterstützungsbedarfe sie bei ihren derzeitigen „Kund*innen“ erkennen.

Schon damals war die Kehrseite des zentralen Einkaufs bekannt und wird auch im Bericht der Bundesregierung mitgeteilt: geringere Passfähigkeit standardisierter Maßnahmen, lange Planungsvorläufe und damit zu wenig Berücksichtigung aktueller Bedarfe. Jetzt wurde das Geld formal unangreifbar mit Hilfe des Vergaberechts und pro Leistungseinheit billiger, aber nicht unbedingt effizienter ausgegeben.

Bereits Anfang 2004 zeigte sich, wohin der Einkauf billiger Angebote von der Stange führt. Der niederländische Quereinsteiger

Maatwerk erhielt ohne Kenntnis der regionalen Arbeitsmarktlage und der dortigen Akteure den Zuschlag für über 200 Personalservice-Agenturen zur Vermittlung von Erwerbslosen. Das waren mehr als 20 Prozent des bundesweiten Marktes. Ausschlaggebend für den Verkaufserfolg bei der BA waren Dumpingpreise, die den Konkurs von Maatwerk zwangsläufig zur Folge hatten, aber eben auch eine Zerstörung des regionalen Angebotes durch den aggressiven Verdrängungswettbewerb.

Leidtragende der neuen preisorientierten Einkaufspolitik der BA waren die Beschäftigten der Arbeitsmarktdienstleister. Es wurden kaum noch Tarifgehälter gezahlt. Beschäftigungsverhältnisse wurden zunehmend befristet.

Der Gesetzgeber trat mit einer Reparatur auf den Plan, die nicht an den Ursachen sondern an den Symptomen ansetzte. 2009 wurde nach langem politischen Streit die Weiterbildungsbranche in den Katalog der Branchen aufgenommen, in denen verbindliche Mindesttarifverträge gelten können. Damit werden die Beschäftigten bei Bildungsträgern in den Bereichen SGB II und SGB III als ebenso schutzbedürftig angesehen wie in den Branchen Bau, Gebäudereinigung, Sicherheitsdienste, Wäschereien, Abfallwirtschaft und Fleischverarbeitung.

Nach ebenso heftigen Debatten konnte 2016 erreicht werden, dass nach § 65 Vergabe-Verordnung einige Erfolgskriterien von Arbeitsmarktdienstleistungen neben dem Preis berücksichtigt werden können – aber auch nicht müssen.

Wenn denn schon das Vergabeverfahren Vorrang vor einer Zuwendungsfinanzierung haben soll, macht es bei vielen Arbeitsmarktdienstleistungen Sinn, auf Verfahren zurückzugreifen, die Wissen und Ideen von Arbeitsvermittler*innen und Leistungsanbietern zum Nutzen der Arbeitsuchenden zusammenbringen wie Verhandlungsverfahren, wettbewerblichen Dialog oder Innovationspartnerschaft. Diese Verfahren sind neben der preisorientierten Vergabe ebenfalls zulässig.

Das Dilemma ist allerdings, dass die BA nach wie vor vom Antikorruptionsparadigma geprägt ist – schade, was es wolle. Korruptionsbekämpfung ist natürlich wichtig, lässt sich aber auch durch geeignetes Controlling erreichen.

Ab 1. Juli 2023 gilt übrigens in der Rentenversicherung mit § 15 Abs. 8 SGB VI eine Regelung zur Preisfindung, die auch für Arbeitsmarktdienstleistungen passen könnte – gerade auch zur Absicherung von Tarifgehältern:

„Die Rehabilitationseinrichtung hat gegen den jeweiligen Träger der Rentenversicherung einen Anspruch auf Vergütung nach Absatz 9 Satz 1 Nummer 2 der gegenüber dem Versicherten erbrachten Leistungen. Der federführende Träger der Rentenversicherung vereinbart mit der Rehabilitationseinrichtung den Vergütungssatz; dabei sind insbesondere zu beachten:

- leistungsspezifische Besonderheiten, Innovationen, neue Konzepte, Methoden,
- der regionale Faktor und
- tariflich vereinbarte Vergütungen sowie entsprechende Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen.“

Werner Hesse
ist Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

GEMEINWOHL MAL ZWEI
KULTUR UND GESUNDHEITSWESEN

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und macht sich dafür stark, dass Kunst und Kultur kein reines Geschäftsmodell werden, sondern Allgemeingut bleiben. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock ist Gesundheitsökonom und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Beide sprechen über die Gemeinsamkeiten von Kultur- und Gesundheitspolitik.



Herr Prof. Dr. Rosenbrock, Herr Zimmermann, wo liegen Ihrer Meinung nach Überschneidungen Ihrer Themen Gesundheitspolitik beziehungsweise Kultur in Bezug auf Gemeinwohlwirtschaft?

Zimmermann: Die beiden Bereiche haben mehr Gemeinsamkeiten, als es auf dem ersten Blick scheint. Wir haben beide letztendlich in diesen letzten Jahrzehnten eine strukturelle Veränderung erlebt. Ich glaube, dass sie unterschiedlich stark ausgefallen ist in dem Gesundheitsbereich und in dem Kulturbereich, aber dass sie in ihren Grundstrukturen sehr ähnlich ist. Alles ist mehr auf Effektivität getrimmt worden. Es ist mehr Management eingezogen. Das ist im Gesundheitsbereich genauso wie im Kulturbereich gewesen. Und beide Bereiche sind kommerzialisiert worden. Aber es gibt schon noch einen Unterschied zwischen dem Kulturbereich und dem Gesundheitsbereich, aber da kann mich dann bitte auch der Herr Rosenbrock gern korrigieren. Der Kulturbereich ist widerständiger gewesen, was Veränderungen angeht. Viele unserer Strukturen sind deshalb immer noch gemeinwohlorientiert und gemeinnützig. Nicht in allen unseren Einrichtungen hat sich die Kommerzialisierung durchsetzen können. Ich habe das Gefühl, dass die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen erfolgreicher gewesen ist als im Kulturbereich, aber die Wege sind wir, gemeinsam, parallel gegangen.

Rosenbrock: Ja, ich glaube dem kann ich mich weitgehend anschließen. Ich glaube auch, dass der Kulturbereich eine höhere Resilienz, eine Widerstandsfähigkeit und –fertigkeit und vielleicht auch Kompetenz hatte, sich gegen verhängnisvolle Entwicklungen zur Wehr zu setzen. In Bezug auf das Gesundheitswesen und das Krankenversorgungssystem kann man sagen, dass die neoliberale Idee, dass der Markt das beste Verteilungsinstrument ist, was es gibt und dass der Weg, um den Markt in Bewegung zu

setzen, der Wettbewerb zwischen den Akteuren ist, dort auf viel zu viele offene Ohren gestoßen ist. Die Idee, dass der Wettbewerb das Instrument ist, das zur besten Allokation von Ressourcen führt, ist nicht aufgegangen. Wir sehen es bei den Krankenkassen, die eben dann nicht mehr nur gemeinwohlorientiert agieren, sondern im Grunde genommen untereinander um die Versicherten mit den positiven Deckungsbeiträgen konkurrieren, d.h. also Multimorbide, Arme, Alte und Kranke nicht so gerne sehen. Das sind Konfliktpunkte, wo die Wettbewerbswirkung sich ganz klar mit dem gemeinwohlorientierten Anspruch sowohl der Krankenversicherung als auch der Krankenversorgungsinstitutionen konfrontativ stößt. Und da hat das Gesundheitswesen nicht viel Widerstandskräfte entwickelt. Es geht so weit, dass Allgemeinärzte und Fachärzte um Patienten konkurrieren und dass die Krankenhäuser ihr Zuweisungsmanagement, wie das so schön heißt, letztlich auch nach eigenen Ertragsgesichtspunkten organisieren. Das sind alles Entwicklungen, die vom eigentlichen Auftrag des Krankenversorgungssystems, jedem Menschen in Deutschland unabhängig von seinem sozialen Status, unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen den gleichberechtigten Zugang zu einer hochwertigen und vollständigen Krankenversorgung zu gewährleisten, immer weiter abgekommen ist.

Herr Zimmermann, Kultur hat eine Sonderstellung im Kapitalismus, also etwas, das wir uns für viele andere Bereiche auch wünschen. Woraus leitet diese sich ab?

Zimmermann: Die Sonderstellung können Sie im Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes nachlesen. Da steht drin, dass die Kunst frei ist und dass der Staat genau diese Freiheit zu gewährleisten hat. Es ist die Frage, was heißt es, wenn man diese Sonderstellung hat? Die Kultureinrichtungen müssen immer vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Kunstfreiheit ein zentrales

Staatsziel der Bundesrepublik ist. Und das bedeutet, dass der Staat mit dem Kulturbereich nicht machen kann, was er vielleicht gerne möchte. Da muss er sich schon auch an das Grundgesetz halten und er darf eben nichts machen, was diese Kunstfreiheit beeinträchtigt. Natürlich ist es im Konkreten nachher viel komplizierter, weil natürlich auch nicht immer gleich klar ist, was gehört denn nun in den Bereich der Kunstfreiheit hinein? Wie weit geht das? Zum Beispiel, dass es Grenzen der Einflussnahme, auch der staatlichen Einflussnahme gibt – selbst, wenn die Institutionen überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Trotzdem muss ich auch klar sagen: das schützt uns nicht automatisch vor der Devise Markt vor Gemeinwohl, die natürlich auch über uns gekommen ist. Und das mussten wir in den letzten Jahren bitter lernen, weil wir am Anfang wirklich nicht wussten, wie stark wir zum Beispiel durch internationale Handelsabkommen berührt sind. Da haben wir wirklich lernen müssen, weil wir uns am Anfang gar nicht vorstellen konnten, dass die sogenannten Freihandelsabkommen irgendetwas mit uns zu tun haben könnten. Als über TTIP oder CETA, die Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada, verhandelt wurde, haben wir lernen müssen, dass die Gemeinwohlorientierung des Kulturbereiches in Frage gestellt wurde. Deswegen fand ich es eine gute Erfahrung, dass wir mit Herrn Rosenbrock und dem Paritätischen und vielen anderen gemeinsam gegen diese Freihandelsabkommen auf die Straße gegangen sind und für die Besonderheit unserer Bereiche eingetreten sind. Wir haben der Regierung gegenüber gemeinsam klar gesagt, dass es Grenzen gibt und wir eine radikale Marktöffnung in unseren Bereichen ablehnen.

Herr Rosenbrock, während Kulturschaffende überwiegend unter den Beschäftigungsverhältnissen gerade um ihre Existenz bangen, arbeiten die Beschäftigten der Gesundheitsbranche während der Pandemie am Limit. Um welcher der beiden Berufsgruppen würden Sie sich aus einer rein gesundheitsökonomischen Perspektive mehr Sorgen machen gerade?

Rosenbrock: Oh, das ist schwer zu sagen, weil die Belastung auf völlig unterschiedlichen Ebenen liegt. Die Kulturschaffenden sind praktisch von einem auf den anderen Tag von ihren Arbeitsmöglichkeiten weitgehend abgehängt worden und haben jetzt einfach das Problem, irgendwie zu überleben und dafür zu sorgen, dass der Betrieb irgendwie wieder anfängt zu laufen. Während die Beschäftigten in Altenheimen, der ambulanten Pflege und in der Krankenversorgung generell, wie Sie sagen, am Limit arbeiten. Wir haben eben im Pflegebereich ohnehin schon immer eine sehr prekäre, kaputtgesparte Arbeitssituation, wenn wir sehen, dass insgesamt ein unglaublicher Personalmangel in der Pflege herrscht. Wir brauchen bis 2030 mindestens 100.000 mehr Pflegekräfte, Fachkräfte und Hilfskräfte, um den Betrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Und da ist heute schon extremer Personalmangel und dann kommen die ganzen Hygienevorschriften und Testpflichten in den Einrichtungen noch hinzu, ohne hinreichende Hilfe von außen. Zudem sind auch die Programme der betrieblichen Gesundheitsförderung, wo es um Kompensation der großen biopsychosozialen Belastungen geht, in 2020 einfach eingestellt worden, weil es wegen Corona angeblich nicht ging, aber die

Arbeit ging ja weiter. Zum Beispiel ist im Bundesdurchschnitt jeder Beschäftigte ungefähr 19 Tage krank, bei den Pflegekräften sind es 25, und dass obwohl Pflegekräfte zu über 40 Prozent auch dann noch mehr als 10 Tage pro Jahr zur Arbeit gehen, wenn sie sich subjektiv krank fühlen. Das ist weit oberhalb dessen, was sich andere Beschäftigte zumuten. Das liegt an der hohen intrinsischen Motivation der Pflegekräfte, die ja wirklich das auch immer sagen: „Wir erleben Sinn.“ Und das ist eine ganz wichtige gesundheitliche Ressource in dieser Tätigkeit, andere Menschen zu pflegen und anderen Menschen zu helfen. Aber dabei kommt ihnen wiederum keiner zur Hilfe.

Wir haben ja jetzt das Fiasko um die Einführung eines Tarifvertrages für die Pflege erlebt. Denn auch die Bezahlung ist natürlich, wenn sie zu niedrig ist, eine psychische Belastung. Wenn Menschen in der Altenpflege nach wie vor im Durchschnitt 500 € weniger verdienen als Pflegekräfte im Krankenhaus, schlägt das auf die Seele und das kann dann bis hin zu Stoffwechselstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und nicht nur zu psychischen Erkrankungen führen.

Die Kulturschaffenden sind sozusagen am Limit, weil sie nicht machen, wofür sie ausgebildet sind, worin sie ihren Sinn erleben und die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind hoch belastet, weil es für sie keinen Lockdown gab und sie unter Bedingungen arbeiten, die für sich genommen schon mehr als hoch belastend sind.

Zimmermann: Also das kann ich auch nochmal bestätigen. Ich glaube viel zu viel zu arbeiten, wie gerade im Gesundheitsbereich, macht krank. Nicht arbeiten zu dürfen macht aber auch krank. Viele im Kulturbereich können jetzt mehr als 13 Monate ihrem Beruf nicht nachgehen. Am Anfang waren die Diskussionen im Kulturbereich von der Frage geprägt, wie man das ökonomisch überstehen kann. Nach mehr als einem Jahr geht es um weit mehr als nur das ökonomische Überleben. Es geht um die eigene künstlerische Existenz. Die meisten in unserem Bereich haben ihren Beruf ja nicht ergriffen, weil sie geglaubt haben, dass sie damit sehr reich würden, sondern weil sie obsessiv Kunst machen müssen. Und das können sie jetzt nicht mehr und das so lange nicht mehr. Das staut sich auf und das führt zu wirklich extremen Belastungen und deswegen sagen wir ja auch: „Es muss endlich wieder möglich werden, Kunst zu machen.“ Natürlich unter strengen Hygienebedingungen gar keine Frage. Deswegen war es ja auch für uns so bitter, dass bei der letzten Reform des Infektionsschutzgesetzes auch Kulturangebote draußen, unter freiem Himmel, Open Air, ab einer Inzidenz von über 100 grundsätzlich verboten sind, ohne jede Ausnahme. Das ist schon sehr weitgehend. Da hätte man sich etwas mehr Fantasie in der Politik gewünscht. Der Mensch braucht mehr als nur Brot. Er braucht auch geistige Anregung. Eine Gesellschaft kann auch nicht dauerhaft ohne Kultur existieren. Da wünsche ich mir manchmal noch ein bisschen mehr Einsicht bei der Bundesregierung.

Da kann ich mit der nächsten Frage direkt anschließen: Kultur ist immer etwas, was man sich gerne in die Sonntagsrede reinschreibt, aber im Endeffekt ist neben dem Schwimmbad



die Gastronomie dazu gekommen.

Und dann noch einmal später ist der Handelsbereich dazu gekommen. Also immer, wenn die Politik ein Signal setzen wollte und sagen wollte: „Die Gesellschaft muss jetzt heruntergefahren werden“, dann ist ihr immer zuallererst der Kulturbereich eingefallen. Das ist das, was mich wirklich ärgert, weil es dafür keinen nachvollziehbaren Grund gibt. Das heißt aber nicht, dass wir nicht akzeptieren, dass der Kulturbereich heruntergefahren werden musste und dass wir im Moment nicht ins Theater gehen können, dass wir nicht in Konzerte oder in Clubs gehen können. Das wissen wir ja auch, dass das nicht geht. Weil wir ja auch wollen, dass dieser vermaledeite Virus endlich besiegt wird. Aber immer zuerst die Kultur, ist ein falsches Signal

immer die Kultur das erste, was dann gekürzt wird, wenn die Kommune klamm ist. Warum wurde die Kulturbranche in der Pandemie nicht als systemrelevant anerkannt und ärgert Sie das, dass das nicht passiert ist?

Zimmermann: Nein, dass wir nicht als systemrelevant anerkannt wurden, ärgert mich überhaupt nicht. Wir sind nicht systemrelevant und wir wollen nicht systemrelevant sein. Das würde ja heißen, dass unsere Aufgabe die Stützung eines Systems wäre. Das ist aber nicht die Aufgabe der Kultur. Wir sind, glaube ich, zentral. Wir sind wichtig. Das muss gesehen werden, aber wir sind nicht systemrelevant.

Und ich glaube auch nicht, dass wir vergessen wurden. Ich durfte als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates die Verhandlungen führen über die spezifischen Programme für den Kulturbereich, „Neustart Kultur 1“ und „Neustart Kultur 2“ mit einem Fördervolumen von zwei Milliarden Euro. Im Moment führen wir gerade mit dem Bundesfinanzministerium die Verhandlungen über eine Wirtschaftlichkeit- und über einen Ausfallfonds, die für das Wiederanfahren des Kulturbereiches gedacht ist, noch einmal 2,5 Milliarden Euro zusätzlich. Diese Förderungen sind zusätzlich zu den Wirtschaftsförderungen, die alle erreichen sollen.

Der Staat hat sich, glaube ich, nicht lumpen lassen, was die finanzielle Entschädigung im Kulturbereich angeht. Natürlich kann man nicht die vollständigen Einnahmeausfälle des Kulturbereiches entschädigen. Das hat auch keiner erwartet. Ich glaube, wo es ein Defizit gibt, ist die grundsätzliche Wahrnehmung der Tatsache, dass eine Gesellschaft ohne Kultur ganz schnell verkümmert.

Wir würden ja auch nicht auf die Idee kommen, die Krankenhäuser zu schließen und zu sagen: „Das sind auch Orte, wo ich mich anstecken kann.“ Es ist in der Pandemie leider nicht möglich gewesen ein kulturelles Mindestangebot für die Bevölkerung anzubieten. Wir sind auch das Alibi in dieser Krise. Immer wurde zuallererst der Kulturbereich geschlossen, also schon direkt Anfang März des letzten Jahres. Im Sommer konnten dann unter sehr strengen Hygienebedingungen einige Kultureinrichtungen öffnen. Aber als ein nochmaliger Lockdown Ende des letzten Jahres anstand, war der Kulturbereich der erste Bereich, der wieder geschlossen wurde. Erst einen Monat später ist dann auch

Herr Prof. Dr. Rosenbrock, können Sie vielleicht schon einen Ausblick geben, was wir vielleicht alle insgesamt oder die Politik aus dieser Pandemie lernen können? Was wird bei der nächsten Pandemie, bei Covid 20 oder so, besser gemacht?

Rosenbrock: Man könnte natürlich gesundheitspolitisch vieles sehr viel besser machen. Man könnte einfach die Disaster Preparedness, wie es heißt, verbessern. Da gab es ja entsprechende Hinweise, was zu tun ist, denen vom Staat nicht gefolgt wurde. Man könnte die gesamte Prävention besser organisieren. Das ist ja bislang ein reines Top-down-Geschehen, wo der allmächtige Staat den Bürgerinnen und Bürgern sagt, was sie dürfen und nicht dürfen. Anstatt einen partizipativ gestalteten Dialog zu halten: „Wie gehen wir alle zusammen, mit der uns alle bedrohenden Gefahr von diesem Virus um?“ Und das hätte natürlich auch zur zielgruppenspezifischen Prävention geführt. Das hätte auch dazu geführt, dass man nicht nur eben Alte und Vorerkrankte als Risikogruppen gesehen hätte, sondern eben auch Arme. Wir haben da im Kompetenznetz Public Health Covid-19 schon im März 2020 darauf hingewiesen, dass Armut genauso wie Vorerkrankung, genauso wie Alter, ein sehr erheblicher Prädiktor sowohl für Infektion als auch für schweren Verlauf und Tod ist.

Jetzt kommt man in Köln Chorweiler und auch hier bei unseren Straßenambulanzen darauf zu sagen: „Ja, ja, die müssen jetzt alle geimpft werden.“ Das hätte man alles besser machen können und vorher überlegen können. Aber mir ist wichtig, dass klar geworden ist, und da schließe ich mich auch gerne an das an, was Herr Zimmermann gesagt hat: eine Gesellschaft ohne Kulturangebote verkommt. Die verlottert sozusagen. Da gibt es keinen Fokus mehr, auf die sich Wahrnehmung, Diskussion, Kontroverse, auf die man sich beziehen kann. Und das heißt am Ende der Pandemie, die werden wir im Herbst als gesundheitliches Problem wohl überwunden haben, dann kommt die Bewältigung der Folgen, dass man fragt: „Was brauchen wir in jedem Falle, egal wie die Lage ist? Was ist in diesem Sinne systemrelevant? Jetzt nicht, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, sondern zum Überleben als Gesellschaft.“

Und da kommt aus meiner Sicht heraus, dass wir sehen werden,

dass neben Krankenversorgung und Kultur und Bildung eben auch eigentlich, vor allem die Bereiche zum Überleben notwendig sind, die noch nicht nach Gewinngesichtspunkten organisiert sind, sondern die noch eine – wenn auch häufig schon beschädigte - Gemeinwohlorientierung haben. Und aus meiner Sicht ist die wichtigste Folgerung aus der Pandemie, dass wir überlegen müssen, was sind die Sektoren, in denen wir in Zukunft auch sagen müssen: „Vorfahrt für Gemeinnützigkeit!“ Wir müssen aus wesentlichen Bereichen der Gesellschaft das Profitmotiv, das Gewinnmotiv, soweit es schon eingedrungen ist, wieder eliminieren, wie das Virus. Wir müssen sozusagen Mechanismen finden, wie wir diese Bereiche verlässlich vor diesem Einfluss der immer weiteren Kommerzialisierung, Gewinnorientierung und Verbetriebswirtschaftlichung schützen.

Kultur und Gesundheit teilen ja auch das, was man einem Diktum von Albert Einstein folgend, so formulieren kann: Nicht alles, was zählt, kann man zählen und nicht alles, was man zählen kann, zählt. Das gilt für die Zuwendung am Krankenbett und ebenso für die Produktion und die Rezeption kultureller Werke. Die sind nicht betriebswirtschaftlich voll zu erfassen. Die Vorstellung, dass wir das alles mit einer besseren Kostenrechnung effektiver und schöner hinkriegen ist einfach verfehlt.

Zimmermann: Ich finde das sehr spannend, was Herr Rosenbrock gesagt hat. Ich glaube, er spricht genau den Bereich an, der ja für uns die wirkliche Herausforderung bedeutet. Was kommt nach der Pandemie? Ich glaube, es gibt eine gesellschaftliche Erschütterung, wie ich sie mir in Deutschland hätte nie vorstellen können, die auch in meinem Leben bisher nicht denkbar gewesen ist. Es ist eine Gesellschaft, die in eine existenzielle Unsicherheit gestürzt worden ist. Diese Pandemie hat die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft gezeigt, die wir uns ja so eigentlich gar nicht mehr vorstellen konnten und das ist eine Erschütterung, die wir in den nächsten Jahren gemeinsam aufarbeiten müssen.

Wir müssen ja irgendwann wieder anfangen, uns auch näher zu kommen. Im Moment sehen wir in den Straßen-, in den U-Bahnen und Bussen wie die Menschen alle versuchen, einander auszuweichen, sich aus dem Weg zu gehen. Wenn jemand einem zu nahekommt, empfindet man das wie einen persönlichen Angriff. Wir werden das überwinden müssen, wenn wir uns wieder nahekommen dürfen. Wir sehen eine große Veränderung in den Städten. Also dort, wo sich der Mensch früher hauptsächlich, außerhalb seines Wohnraums, aufgehalten hat, die sind verödet, die Einkaufszonen sind leer. Ich glaube nicht, dass das einfach so wie früher sein wird, wenn die Pandemie vorbei ist. Wir werden ein riesiges Geschäftssterben haben. Wir müssen uns überlegen, was soll eigentlich in der Zukunft in unseren Innenstädten stattfinden. Ich glaube, wir brauchen hier mehr sogenannte Dritte Orte,

also nicht kommerzielle Orte, wo sich die Menschen treffen können, wo sie zusammenkommen können, wo man einfach auch miteinander leben kann. Das wird eine enorme Herausforderung, weil die Kulturstrukturen und die Kultureinrichtungen, wie wir sie heute haben, sind auch diese Aufgabe noch gar nicht vorbereitet. Wir werden das nur Schaffen, wenn wir das mit vielen anderen gemeinsam machen. Wir werden eine nachkommerzielle-Einkaufsstraßenzeit erleben.

Es wird spannend werden, wie wir diese Aufgabe bewältigen werden. Das wird der Kulturbereich allein nicht hinbekommen. Hier müssen wir mit den anderen Bereichen in einem ganz engen Schulterschluss zusammenarbeiten. Ich glaube, dass die Nach-Coronazeit eine unglaublich spannende, aber auch eine unglaublich herausfordernde Zeit für uns werden wird.

Welche kulturelle Veranstaltung oder - Einrichtung werden Sie nach dem Lockdown zu allererst aufsuchen?

Rosenbrock: Also wenn Sie mich fragen, es gibt drei Orte, die ich wirklich vermisse. Das ist einmal die Konzerthalle, die Philharmonie an der Spitze. Das ist zum zweiten das Museum, was ich wirklich vermisse und es ist auch das Berghain.

Zimmermann: Ich freue mich darauf in ein Kino zu gehen, das Rappel voll ist. Wo hinter mir jemand schmatzend Taccos isst und neben mir die Leute Popcorn in sich hinein stecken. Etwas, was ich bisher zu tiefst gehasst habe. Ich habe bisher gesagt: „Es ist so schrecklich. Ich kann keinen Film in Ruhe sehen. Es wäre doch schön, das Kino wäre ganz leer und ich wäre ganz alleine in diesem Kino.“ Und mein Wunsch hat sich, wenn Sie so wollen, um 180 Grad gedreht, denn ich würde es ganz toll finden, ich würde mich mal wieder richtig aufregen können über die Leute, die um mich herumsitzen und in den Kinofilm hinein quatschen. Ach, ich möchte gern wieder Kultur mit Menschen erleben. Da wäre es mir ganz egal, wo das wäre, aber mal wieder richtig eng und vielleicht sogar mal wieder ein bisschen zu eng miteinander. Das wäre schön.

Das Interview führte Philipp Meinert.



KOMMENTAR

GEGEN DEN IMPFNATIONALISMUS

Ärmere Staaten konnten sich wesentlich weniger Impfstoff sichern als die Reichen. Die Aussetzung des Patentschutzes könnte gegen die ungerechte Verteilung helfen.

Als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im März 2020 den Coronavirus-Ausbruch als Pandemie einstufte, stand bereits fest, dass ein zentraler Pfeiler in der wirksamen Bekämpfung der Pandemie der Einsatz von Schutzimpfungen sein würde. Gut ein Jahr später sind in der Europäischen Union (EU) vier Impfstoffe zugelassen, bereits rund 25 Prozent der EU-Bevölkerung geimpft und die EU hat sich insgesamt ein Portfolio von 2,6 Mrd. Impfdosen gesichert.

Trotz dieser – zumindest für die EU-Bevölkerung – positiven Nachrichten, zeigt ein Blick auf die globale Verteilung von COVID-19-Impfstoffen eine große Diskrepanz. Laut des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben sich die wohlhabenden Länder, die lediglich 16 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, rund zwei Drittel der weltweit verfügbaren Impfdosen gesichert. Recherchen des Duke Global Health Innovation Center zeigen, dass die EU-Staaten im Schnitt 4,88 Impfdosen pro Einwohner*innen bestellt haben und somit die eigene Bevölkerung mehrfach impfen könnten. Wird dem EU-Binnenkommissar Breton Glauben geschenkt, könne aufgrund der vorliegenden und bestellten Vakzine in der EU bereits im Sommer 2021 eine sog. Herdenimmunität hergestellt werden. Gleichzeitig ist bei der aktuellen Impfstoffverteilung eine Durchimpfung in den meisten asiatischen Staaten erst 2022 und in der Mehrheit der afrikanischen Staaten erst 2023 zu erwarten. Hier konnte also auch die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geführte COVAX Initiative, zu der sich 190 Staaten, Unternehmen und Stiftungen zusammengeschlossen haben, um u.a. bis Ende 2021 in den ärmeren Ländern bis zu 20 Prozent der Bevölkerung zu impfen, bislang wenig zu einer Impfgerechtigkeit beitragen.

Da verwundert es nicht, dass eine vom Nothilfebündnis „Aktion Deutschland Hilft“ in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass 71 Prozent der Befragten, die weltweite Verteilung von COVID-19-Impfstoffen aktuell nicht als gerecht ansehen. Das Bündnis warnte in diesem Zusammenhang auch vor den sekundären Folgen der Corona-Pandemie – u.a. Arbeitslosigkeit, steigenden Lebensmittelpreise und damit einhergehend Armut und Ernährungsunsicherheit – die aufgrund des Impfnationalismus noch lange wirken könnten.

Um dieses Ungleichgewicht zu beheben, haben Indien und Südafrika bereits im letzten Jahr eine Initiative zur zeitweiligen Lo-

ckerung des Patentschutzes im Rat der Welthandelsorganisation (WTO) initiiert. Über 100 Länder und damit mehr als die Hälfte der WTO-Mitgliedsstaaten, unterstützen die Initiative, die einen temporären Verzicht auf Eigentumsrechte für COVID-19 relevante medizinische Produkte – also neben Impfstoffen, auch für z.B. Corona-Testkits und Sauerstoffgeräte – fordert. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass die globale Versorgung mit Impfstoff, Diagnostika und Medikamenten zur Bekämpfung der Pandemie verbessert und beschleunigt werden kann.

Die Initiative wurde seit dem Vorstoß Indiens und Südafrikas bereits mehrfach in der WTO diskutiert, scheiterte jedoch bislang an einer Blockadehaltung der USA und der EU. Nun hat die USA jedoch überraschend Unterstützung signalisiert. Es wird Zeit, dass auch die EU sowie Deutschland ihre ablehnende Haltung gegenüber der vorübergehenden Aussetzung des Patentschutzes aufgeben. Denn alle Maßnahmen, die dazu beitragen zügig und weltweit Menschen vor einer Ansteckung mit dem Virus zu schützen bzw. schwere Krankheitsverläufe abzuwenden, müssen in Angriff genommen werden.

Dazu gehört aber neben dem zumindest vorübergehenden Aussetzen des Patentschutzes auch ein Technologietransfer. Denn es nützt wenig, wenn das „Rezept“ zur Produktion des Impfstoffes freigegeben wird, jedoch nicht das technische Know-how geteilt wird. In weiser Voraussicht hatte die WHO nach Ausbruch der Pandemie einen Technologiepool eingerichtet, um wichtige Daten und Forschungsergebnisse weltweit zugänglich zu machen. Nur leider blieb der Pool leer. Um die Versorgungslücken kurzfristig zu schließen – denn die vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes dürfte wohl erst langfristig greifen – sollten die Industrienationen, die mehr Impfstoff bestellt haben, als tatsächlich für die Durchimpfung der eigenen Bevölkerung benötigt wird, zudem ihren überschüssigen Impfstoff spenden. Denn die Pandemie kann nur durch echte globale Solidarität erfolgreich bekämpft werden.



Marta Bociak ist Referentin für Humanitäre Auslandshilfe und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband

AKTION #WELTWEITWICHTIG

Anfang Juni startete die von VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) initiierte digitale Aktion #weltweitwichtig zur Bundestagswahl 2021. Gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen wie dem Paritätischen Gesamtverband will VENRO zeigen, dass es uns nicht egal ist, was in anderen Teilen der Welt passiert. Wir wollen dazu beitragen, dass globale Solidarität und Zusammenarbeit als Grundlage einer zukunftsfähigen Politik vor und auch nach der Wahl eine wichtige Rolle spielen. Konkreten Erwartungen werden im VENRO-Positionspapier zur Bundestagswahl 2021 in zehn Themenbereichen vorgestellt. Parteien, die zukünftigen Abgeordneten und die kommende Bundesregierung werden aufgefordert, ihre Prioritäten darauf zu richten, was jetzt weltweit wichtig ist: eine nachhaltige Politik, die alle mitnimmt!

Am 9. Juni 2021 findet dazu auch eine digitale Podiumsdiskussion mit Spitzenpolitiker*innen statt. Erwartet werden Robert Habeck (Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen), Susanne Hennig-Wellsow (Bundesvorsitzende Die Linke), Norbert Walter-Borjans (Bundesvorsitzender SPD), Dr. Volker Wissing (Generalsekretär der FDP) und Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU). Die Diskussionsrunde veranstaltet VENRO zusammen mit dem Paritätischen, dem Forum Menschenrechte, der Klima-Allianz Deutschland und weiteren Partnern.

Mehr Infos: www.weltweitwichtig.de. Diskutieren Sie mit und machen Sie deutlich, was Ihnen #weltweitwichtig ist.

PFLEGE: PLÄNE DER GROSSEN KOALITION SIND “MOGELPACKUNG”

Mitte Mai, zum Internationalen Tag der Pflege, hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband an die Große Koalition appelliert, die verbleibenden Wochen dieser Legislatur zu nutzen, um ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzulösen und endlich eine überzeugende Pflegereform auf den Weg zu bringen. In den Wochen zuvor hatte sich der offene Konflikt zwischen Bundesgesundheits- und Arbeitsminister bedauerlicherweise sehr zugespitzt, so dass zunächst keine Einigung zwischen den Koalitionären erzielt worden war. „Es kann nicht sein, dass koalitionsinterne Konflikte auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ausgetragen werden. Wir brauchen endlich eine überzeugende Pflegereform, die den Namen verdient und den aktuellen Problemen auch gerecht wird“, kritisierte Ulrich Schneider.

Seit Ende Mai liegt ein Gesetzentwurf vor, bei Redaktionsschluss stand der Kabinettsbeschluss dazu jedoch noch aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband übt scharfe Kritik an diesem Gesetzentwurf. Die Ende Mai vorgelegten Vorschläge der Großen Koalition seien ein “fauler Kompromiss” und der Gesetzentwurf eine “Mogelpackung”. Es fehle nachwievor eine wirksame Regelung zur Deckelung der Eigenanteile bei den Pflegekosten, die alle Betroffenen wirklich entlaste. Auch der Kompromiss zur Entlo-



Am 26. September ist Bundestagswahl!
Weitere Infos auf www.paritaet.org

 DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND

nung von Pflegekräften falle weit hinter die Ankündigungen zurück, kritisierte der Verband.

Der Gesetzesentwurf sehe weder eine Begrenzung, noch eine Deckelung der Eigenanteile bei den Pflegekosten vor. Stattdessen werde lediglich ein Zuschuss angekündigt, der zudem nur an langjährige Heimbewohner*innen gehen soll. “Dieser Kompromiss ist fachlich, politisch und ethisch unzumutbar”, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. “Es ist für uns nicht tragbar, dass Heimbewohner*innen mit kürzerer Lebenserwartung völlig außen vor bleiben sollen.”

Auch was die tariflichen Regelungen angeht, bewertete der Paritätische den Gesetzesentwurf als halbherzig. Im Unterschied zum ursprünglich von Arbeitsminister Hubertus Heil angestrebten Modell eines einheitlichen Mindesttarifs für die Pflege würde mit den aktuellen Vorschlägen ein Flickenteppich im System der Entlohnung entstehen.

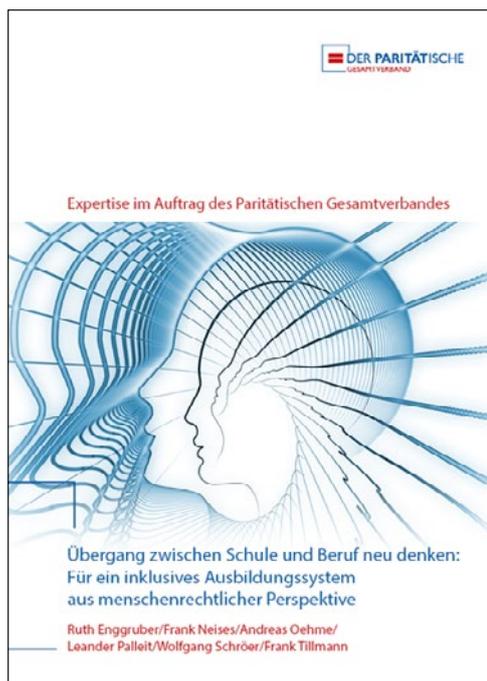
“Die Zeit ist überreif: Wir brauchen eine echte Reform und keine halbherzigen Trippelschritte”, so Schneider. Der Paritätische bekräftigte seine Forderung nach einer Vollkaskoversicherung als Bürgerversicherung, die das Risiko der Pflegebedürftigkeit wirksam absichert. Übergangsweise fordert der Verband eine Begrenzung des Eigenanteils in Höhe von 15 Prozent, die Pflegekassen sollen stattdessen stärker in die Pflicht genommen werden.

FRISCH VERÖFFENTLICHT!

Expertise „Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Für ein inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive“

Der Paritätische veröffentlicht die Expertise „Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Für ein inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive“ erarbeitet von Ruth Enggruber/Frank Neises/Andreas Oehme/Leander Palleit/Wolfgang Schröder/Frank Tillmann und den „Blick des Paritätischen auf die Expertise“, um eine fruchtbare Debatte zur Neubewertung der Jugendhilfe, und explizit der Jugendsozialarbeit, anzuregen und den Rechten junger Menschen mehr Gehör zu verschaffen. Der Paritätische will einen Beitrag dazu leisten, die Rechte jedes jungen Menschen auf Zugang und Teilhabe am institutionellen Gefüge des Aufwachsens, ihr Recht auf Ausbildung und ihr Recht auf Inklusion durchzusetzen.

Hintergrund und Anlass dieser Expertise war das „Jubiläum“ der Benachteiligtenförderung am Übergang Schule und Beruf im Jahre 2020. 40 Jahre Erfahrung boten für den Paritätischen Anlass, um sich mit diesem Bereich kritisch auseinanderzusetzen, eine Zwischenbilanz zu ziehen und sich mit der Frage zu beschäftigen, wie das Berufsbildungssystem grundlegend neu ausgerichtet werden kann. Dabei müssen das Berufsausbildungssystem und die Berufsausbildungsförderung insgesamt in den Blick genommen werden. Zudem bestimmen in der jüngeren Zeit die Erkenntnisse des 15. Kinder- und Jugendberichts die Fachdiskussion in der Kinder- und Jugendhilfe, hier insbesondere in der Jugendsozialarbeit. Die drei Kernherausforderungen in der Jugendphase und die Verlängerung der Jugendzeit fordern eine Neubewertung des Aufwachsens im institutionellen Gefüge. Das gilt auch für die Institutionen der Berufsbildung.



Vor diesem Hintergrund hat der Paritätische 2020 eine Expertise in Auftrag gegeben, die sich mit dem Übergangsbereich kritisch auseinandersetzt und auf der Grundlage eines menschenrechtsbasierten Ansatzes und unter Einbeziehung der UN BRK Anforderungen an und Perspektiven für das Ausbildungssystem beschreibt. In der Expertise finden sich verschiedene Anregungen und Hinweise für eine Vision von einem zukünftigen Ausbildungssystem, in dem der Kinder- und Jugendhilfe und hier insbesondere der Jugendsozialarbeit eine wichtige Aufgabe bei der Durchsetzung der Rechte junger Menschen auf Zugang und Teilhabe im institutionellen Gefüge des Aufwachsens zukommt.

Die Publikation kann auf www.paritaet.org kostenlos heruntergeladen werden

NEUER PODCAST

ÅKZÉNT INFORMIERT ÜBER PARITÄTISCHE MIGRANT*INNEN-ORGANISATIONEN

Åkzént ist eine Gesprächsreihe mit Dr. Min-Sung Kim und Sergio Andrés Cortés Núñez, beide aus der Abteilung Migration und Internationale Kooperation im Paritätischen Gesamtverband. Zusammen mit engagierten Menschen aus Migrant*innenorganisationen besprechen sie ab sofort die Themen der migrantischen Community. In jeder Folge beschäftigen sie sich mit anderen Themen rund um die Arbeit der Migrant*innenorganisationen. Åkzént ist ein Podcast des Forums der Migrant*innen im Paritätischen.

Eine Reihe Paritätische Migrantenorganisationen setzte sich 2007 zusammen um ein Plattform zu schaffen um die Interessen dieser Organisationen zu stärken und zu repräsentieren. Das sogenannte Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM), ein Forum für über 200 Organisationen bundesweit wurde geboren. Zwei Ziele stehen in Vordergrund: Zum einem geht es um die Professionalisierung der Arbeit der Organisationen und zum zweiten um ihre Förderung jenseits von projektgebundene Aktivitäten.

Åkzént kann auf allen gängigen Podcast-Plattformen angehört werden. Geplant sind vier Ausgaben pro Jahr. In der Pilotfolge diskutieren die beiden Akteure die Themen Digitalisierung und Corona und die speziellen Auswirkungen für die Paritätischen Migrant*innenorganisationem. Folge 2 behandelt das Thema Rassismus und erscheint Anfang Juli.



AKTIONSMAI


AKTIONSMAI PARITÄTISCHE FREIWILLIGEDIENSTE

Freiwillige zeigten vom 10. bis 21.5.2021 wie bunt ihr Engagement ist – unter dem Motto: Zeigen wir den Freiwilligen wie wertvoll sie sind!

Knapp 14.000 junge und jung gebliebene Menschen engagieren sich jedes Jahr in Paritätischen Einrichtungen, indem sie ein Freiwilliges Soziales Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst leisten.

Genauso vielfältig wie die Paritätischen Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen ist auch das Engagement der Freiwilligen, das in einer Kindertageseinrichtung, einem Pflegeheim, einem Jugendclub, in Krankenhäusern, Behinderteneinrichtungen, Migrant*innenorganisationen, in der Denkmalpflege und in vielen weiteren Einrichtungen stattfinden kann.

Gerade auch in Zeiten der Pandemie zeigen Menschen, dass sie aus eigenem Antrieb heraus einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten, indem sie ein Jahr in einer Einrichtung aktiv sind. Dieses Engagement ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft und verdient daher Anerkennung und Wertschätzung.

Vom 10. bis zum 21. Mai 2021 fand der AktionsMai Paritätische Freiwilligendienste statt. In diesem Zeitraum konnten Freiwillige Beiträge zu ihrem Engagement einreichen. Die Fotos, Podcasts, Videos, Gedichte und Erfahrungsberichte verbinden sich nun auf der Paritätischen Plattform „Wir Sind Parität“ zu einer bunten Bildergalerie und verdeutlichen die verschiedenen Eindrücke und Erfahrungen, die in einem Paritätischen Freiwilligendienst gesammelt werden. Es lohnt sich vorbeizuschauen!

Unter diesem Link finden Sie die Bildergalerie:
<https://www.wir-sind-paritaet.de/aktionsmai>

Auch nach dem Aktionszeitraum können alle Menschen den Freiwilligen Danke für ihr Engagement sagen und somit den Engagierten Wertschätzung überbringen. In den digitalen Zeiten geht dies am besten über die Sozialen Medien. Posten Sie Ihre Botschaft an die Freiwilligen, gerne verbunden mit einem Hinweis auf einen der von den

Freiwilligen erstellten Beitrag und verbunden mit #BuntUndFreiwillig auf ihrem Social Media Profil.

Weitere Informationen zu den Paritätischen Freiwilligendiensten: <http://www.freiwillig.paritaet.org>



FESTIVALFEELING IN GALERIEANSICHT

Aus der Premiere des Digital-Festivals, 3. bis 7. Mai

„Sollen wir nicht mal eine Aktionswoche machen? Es gibt doch so viele Paritätische Organisationen, die in Sachen Digitalisierung richtig klasse Ideen umgesetzt haben!“ „Super Idee! Aber wir machen was Fetzigeres. Wie wär’s mit einem Festival!“

Gesagt – getan. Anfang April öffnete unsere Festival-Webseite ihre (hübschen!) Pforten und unsere Werbetrömmel stand kaum still. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Am Ende freuten wir uns (und sind auch ein bisschen stolz) über mehr als 70 Veranstaltungen von rund 50 verschiedenen Anbietenden. Die Palette reicht vom Austausch über Online-Beratung, Workshops zu digitaler Öffentlichkeitsarbeit, Videokonferenz-Trainings, die Einführung in den Gebrauch von Virtual Reality-Technik über diverse virtuelle Sprechstunden bis hin zu ganzen Fachtagen und -konferenzen. Mittendrin riefen wir auch noch zum Europäischen Inklusions-Protesttag auf! Eine Vielfalt, die manche unserer Festival-Teilnehmenden ganz schön in Entscheidungsnöte brachte. Auch das gehört nun mal zu Festivals dazu ...

Umso mehr Ideen und Energie investierte unser Team vom Projekt #GleichImNetz in das „Rahmenprogramm“: Unsere Angebote an alle Teilnehmenden, sich auch jenseits der fachlichen Veranstaltungen kennenzulernen und in den Austausch zu kommen. Wie hält man so eine dezentrale, überbordende Woche zusammen? Zum Beispiel mit einem gemeinsamen Start in den Tag! Willkommen um 8 zur „Morning-Show“, mit Kaffee und kurzweiligem Klönen über das Erlebte und das Bevorstehende. Im Hintergrund wirbelten wir derweil schon auf unserem „Festivalgelände“, einem eigens eingerichteten Slack-Workspace, offen für alle Teilnehmenden sämtlicher Festivalangebote. Dort – und auf unseren öffentlichen Social-Media-Kanälen – wurde jede einzelne Veranstaltung gebührend angekündigt und beworben. Und





natürlich kam auch der Pausenchat zwischendrin nicht zu kurz. Gerade diese „kleinen Formate“, es gab davon noch einige mehr, halfen enorm, Gemeinschaftsgefühl und „Festivalfeeling“ zu fördern.

Einige Kolleg*innen gingen sogar noch einen Schritt weiter und steuerten von sich aus Abwechslung bei: Etwa durch Bewegungsangebote für die Mittagspause. Mit einer „Pleiten, Pech und Pannen-Weglach-Show“. Mit gemeinsamem Singen. Mit einer Open Stage am Dienstagabend. Mit zwei (inklusive) Partys am Mittwochabend. Und als Veranstalter hatten wir auch noch eine Überraschung im Gepäck: Was wäre ein Festival ohne ein richtiges (Online-) Konzert?

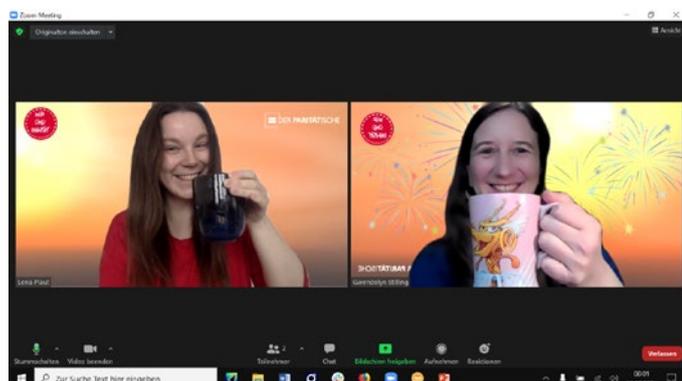
Das eigentliche Herzstück, gewissermaßen die „Top Acts“ unseres Festivals, waren und sind aber die etlichen inhaltlichen Angebote. Paritätische Organisationen, Initiativen und Vereine, die mit großem Engagement und Bereitschaft zum Teilen eigens für das Festival, eigens für alle Kolleg*innen Veranstaltungen aus dem Boden gestampft haben. Und die nachhaltig beeindruckten konnten mit ihrem Wissen und ihrem Einfallsreichtum, wie mit modernen technischen Möglichkeiten Soziale Arbeit aufgewertet werden kann bzw. sich trotz Corona-Einschränkungen gewinnbringend fortführen lässt. Das Digital-Festival schaltete Spot on auf die geballte Kompetenz und Kraft unseres Netzwerks: So viele neue (wertvolle) Kontakte, so viel, was wir dort voneinander gelernt haben! Kein Wunder, dass alle Veranstaltenden, die sich bisher zurückgemeldet haben, klar bejahen: das hat sich gelohnt, so ein Festival machen wir wieder mit und haben auch schon neue Ideen ...!

Ein zentrales Ereignis erhob sich sehr schnell zum Höhepunkt des Digital-Festivals: Der 5. Mai ist Inklusionstag, mit vollem Titel: Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Grund genug, um in der zweiten Wochenhälfte eine ganze Reihe von Informations-, Aktions- und Kulturveranstaltungen rund um Inklusion, Teilhabe, Sichtbarkeit und (digitale) Barrierefreiheit anzubieten, die wir als versammeltes Paritätisches Kollegium umso intensiver bekannt machen und bewerben konnten.

Während ich diesen Artikel schreibe, stecken wir noch mitten in der Nachlese und Auswertung des Festivalgeschehens. Doch schon jetzt stehen alle Signale auf grün für eine Wiederholung. Haltet die Augen und Ohren offen! Unser Projektteam #GleichImNetz freut sich, mit überarbeitetem Festivalkonzept beizeiten wieder einzuladen.

Kay Schulze, #GleichImNetz

Link zur Festivalseite: digital-festival.wir-sind-paritaet.de



#GLEICHIMNETZ

Das Projekt #GleichImNetz des Paritätischen Gesamtverband fördert digitale Sichtbarkeit, Qualifikation und Vernetzung von Paritätischen Mitgliedsorganisationen.

Webseite: der-paritaetische.de/gleichimnetz
Kontakt: digikom@paritaet.org



Neues Design, neue Struktur,
neue Funktionalitäten

RELAUNCH: NEUE WEBSITE DES PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDES

Während in der Pandemie der Gesamtverband in Rekordzeit auf digitales Arbeiten umgestellt wurde, ist nun auch die Website nachgezogen: Die neue Homepage ist seine digitale Visitenkarte, eine gut strukturierte Informationsplattform und ein Sprungbrett für die Kampagnenarbeit.

Die Anforderungen an Kommunikation und Informationsvermittlung haben sich in den vergangenen Jahren radikal geändert: Die Aufmerksamkeitsspannen wurden kürzer, die Bildschirme kleiner. Mindestens die Hälfte der Webaufrufe erfolgt heute über Smartphones. Nutzer*innen haben sich darüber hinaus an die Verwendung von Apps gewöhnt, die auf das absolut wesentlich reduziert genau die Informationen zur Verfügung stellen, welche sie benötigen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wie aus einer Umgestaltung ein Umbau wurde

Es war an der Zeit, im Sinne der Arbeit für die Ziele unserer Mitglieder, die Website des Paritätischen Gesamtverbandes grundlegend zu modernisieren. „Als Dachverband nehmen wir auch eine zentrale Rolle als Katalysator und Moderator für die digitale Transformation in der Mitgliedschaft ein. Wenn wir was bewegen wollen, müssen wir selbst mit bestem Beispiel voran gehen“, erläutert Gwendolyn Stilling, Abteilungsleiterin Öffentlichkeitsarbeit, Presse, Redaktion und Kampagnen. „Wir brauchten eine Informationsarchitektur, die auch auf Smartphonebildschirmen funktioniert, ohne, dass wir uns im Umfang der Inhalte einschränken zu müssen. Denn diese sind bei uns als Fachverband

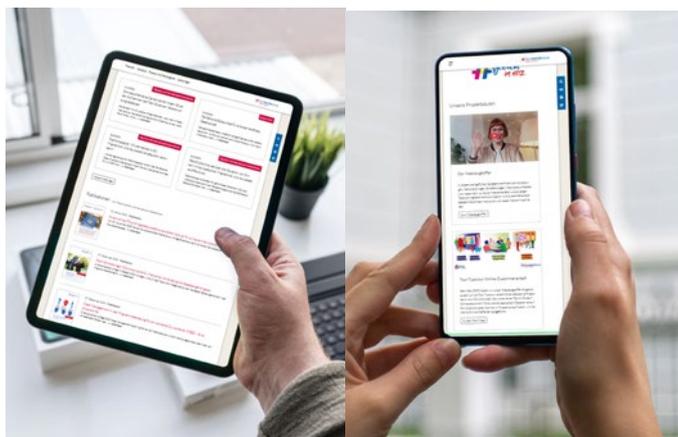


mitunter komplex. Notwendig war eine neue Struktur und Nutzer*innenführung. Schnell wurde uns klar: Wir müssen die Website komplett umkrempeln.“ An welchen Stellen eine Aufteilung und Aufgliederung der Informationen in Zukunft erfolgen sollte, wurde zur Leitfrage der ersten Phase der Konzeption. Die vielfältige Nutzer*innenschaft mit ihren sehr unterschiedlichen Bedürfnissen war dabei die zentrale Herausforderung. „Schnell stellten wir jedoch fest: Niemand braucht gleichzeitig alle Themen. Auch wenn die Informationsbedürfnisse unterschiedlich sind, so eint doch alle Nutzer*innen, dass sie immer nur in speziellen inhaltlichen Feldern suchen“, erläutert Webredakteur Matthias Galle. Die Aufteilung in sechs Themenbereiche wurde zum zentralen strukturierenden Merkmal für alle fachlichen Informationen.

Kampagnenplattform und neues Feature Benachrichtigungs-Service

Zentral in den Vordergrund gerückt sind darüber hinaus Leistungen und Angebote für Mitglieder des Verbandes sowie der ausgebauten Bereich „Presse & Kampagnen“. „Kampagnenkommunikation wird immer wichtiger in unserer Rolle als Lobbyorganisation für unsere Mitglieder und ihre Zielgruppen, dem trägt die neue Website mit einem extra dafür eingerichtetem Bereich Rechnung“, beschreibt Gwendolyn Stilling diese Maßnahme in Vorbereitung der Begleitung der Bundestagswahl 2021. Eine neue Funktion ist darüber hinaus der Benachrichtigungs-Service. Er erlaubt es den Nutzer*innen für ihre thematischen Bedürfnisse maßgeschneiderte E-Mail-Benachrichtigungen zu abonnieren, wann immer der Verband zu Themen von Interesse Fachinfos, Stellungnahmen, Publikationen oder Pressemitteilungen veröffentlicht.

Matthias Galle ist Referent für Social Media und Online-Redaktion beim Paritätischen Gesamtverband



Die neue Website ist ab sofort unter

www.der-paritaetische.de

erreichbar und wurde mit DiG Plus, einer Berliner Design- und Kampagnenagentur, sowie der Webagentur minuskel screen partner realisiert.

Gefördert vom:



BESCHLOSSENE SACHE!

Einige Beschlüsse aus dem Vorstand und dem Paritätischen Verbandsrat in Kurzform

Paritätische Eckpunkte für eine barrierefreie Gesellschaft

Der gleichberechtigte und gleichwertige Zugang zu allen Lebensbereichen – zu Schule, Hochschule und Sporthalle, zu Wohnraum, Arztpraxis, Kiosk, Internet, Medien, Bahn, Bankautomat und anderes mehr – ist kein individueller Luxus, sondern ein Menschenrecht. Aber Menschen mit Behinderungen stoßen im Alltag noch immer auf viele Barrieren. Das muss sich ändern. Der Paritätische Gesamtverband macht mit neun Eckpunkten deutlich, welche rechtlichen Grundlagen dafür nötig sind und was Organisationen tun können, um Barrierefreiheit zu schaffen.

1. Den European Accessibility Act zeitnah und ambitioniert umsetzen
2. Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen schaffen
3. Umsetzung von Barrierefreiheit fördern
4. Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung schaffen
5. Umsetzung von Barrierefreiheit überwachen
6. Im Einzelfall Lösungen finden: Die Pflicht zur Schaffung angemessener Vorkehrungen rechtlich verankern
7. Über Barrierefreiheit aufklären und ausbilden
8. Barrierefreiheit konsequent sichtbar machen und ausräumen
9. Partizipation sicherstellen

Hilfen zur digitalen Ausstattung einkommensschwacher Haushalte

In einer aktuellen Positionierung stellt der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands klar: Die technische Ausstattung in Form mobiler Endgeräte sowie der Zugang zum Internet, um diese in ausreichender Weise zu nutzen, gehört heute zum soziokulturellen Existenzminimum, muss für alle gewährleistet sein und darf nicht am Mangel finanzieller Ressourcen scheitern.

Die Digitalisierung verändert unsere Art zu arbeiten und zu leben und das gesellschaftliche Miteinander tiefgreifend. Die Corona-Krise hat Digitalisierungsprozesse noch einmal beschleunigt. Digitale Hardware und Internetzugang gehören inzwischen zweifelsfrei zum soziokulturellen Existenzminimum.

Sie sind eine Voraussetzung für:

- den Zugang zu Nachrichten und Informationen,
 - den Zugang zu Hilfe, Beratung und Schutz in Not und Krisen-, Bildungs- und Berufschancen,
 - soziale und kulturelle Teilhabe (Kommunikation, Geselligkeit) und politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement.
- Gleichzeitig mangelt es insbesondere armutsbetroffenen Menschen an der elementaren technischen Ausstattung. Immerhin

erkennt die Bundesregierung inzwischen (knapp 30 Jahre nach Einführung des Mobilfunks in Deutschland) auch ein Mobiltelefon als Grundbedarf an.

Dass bezüglich der digitalen Ausstattung armutsbetroffener Haushalte Handlungsbedarf besteht, hat die Bundesregierung jüngst im Zusammenhang mit der Debatte um die Benachteiligung armer Schüler*innen beim Homeschooling selbst eingestehen müssen: Auf massiven Druck aus der Zivilgesellschaft und nach einem einschlägigen Gerichtsurteil, in dem Betroffene entsprechende Hilfe im Einzelfall einklagten, sind Jobcenter seit Februar diesen Jahres angehalten, für das Homeschooling notwendige Laptops für arme Schüler*innen unter bestimmten Voraussetzungen zu finanzieren.

Der Paritätische Gesamtverbands fordert:

- Die technische Ausstattung in Form mobiler Endgeräte sowie der Zugang zum Internet, um diese in ausreichender Weise zu nutzen, gehört heute zum soziokulturellen Existenzminimum, muss für alle gewährleistet sein und darf nicht am Mangel finanzieller Ressourcen scheitern.
- Der Paritätische untermauert daher seine Forderung nach der Wiedereinführung der Gewährung einmaliger Leistungen in der Grundsicherung und stellt klar, dass dies auch die Kostenübernahme für notwendige technische Ausstattung zur gleichberechtigten digitalen Teilhabe umfassen muss.
- Die Regelsätze sind auf ein bedarfsgerechtes, armutsfestes Niveau anzuheben, das auch laufende Verbrauchsausgaben zur Sicherstellung digitaler Teilhabe angemessen berücksichtigen muss.

Paritätische Eckpunkte zum menschenrechtlichen Schutz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität

Unser Verband wird getragen von der Idee der Parität, das heißt der Gleichwertigkeit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten. Auch die Freiheit und der Schutz der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sind hierfür essenziell. Sie sind für den Paritätischen Menschenrechte, deren Durchsetzung ein entscheidender Gradmesser für eine demokratische, offene, vielfältige Gesellschaft ist, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und selbstbestimmt leben können.

Als Norm sind Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit in der deutschen Rechtsordnung wie auch der Gesellschaft nach wie vor tief verankert. Gewalt und Hasskriminalität gegenüber Menschen, die diesen Normen nicht entsprechen, haben in den letzten Jahren zugenommen. Für den Paritätischen sind dies Angriffe auf unsere Demokratie und offene Gesellschaft, denn die Würde des Menschen ist für uns unantastbar und nicht verhandelbar.

Es ist aus Sicht des Paritätischen daher erforderlich, dass die Politik sich verantwortlich zeigt und den menschenrechtlichen Schutz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität auch durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen sicherstellt. Der Paritätische hat deshalb Eckpunkte zum menschenrechtlichen Schutz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität verfasst.

AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

BREMEN

Erfolgreiche Arbeit des Bremer Beratungsbüros für die Erziehungshilfen (BeBeE)

Trotz der coronabedingten Einschränkungen im Frühjahr 2020 sind die Beratungszahlen des BeBeE erneut angestiegen, so der aktuelle Jahresbericht.

Seit Gründung des BeBeE in 2014 haben insgesamt 710 Ratsuchende Kontakt zum BeBeE gesucht, im Jahr 2020 waren es allein 164 neue Beratungsanfragen. Ratsuchende sind oft Eltern, deren Kinder bei Pflegefamilien oder in einer Einrichtung der Jugendhilfe leben. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) formuliert in seinem § 27 einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung, den die Personensorgeberechtigten und ab dem 18. Lebensjahr die jungen Menschen selbst haben. Auf dieser Grundnorm berät das BeBeE.

Aufgabe des Beratungsbüros ist, die Kinder, Jugendlichen und deren Eltern zu unterstützen, die ihre Interessen im Erziehungshilfesystem nicht ausreichend wahrgenommen sehen und unsicher sind, wie und ob sie eine Veränderung im Kontakt mit den Fachkräften überhaupt ansprechen wollen. „Wir führen zunächst ein Gespräch mit den Ratsuchenden und überlegen dann gemeinsam nächste Schritte. Das kann zum Beispiel ein Gespräch mit dem zuständigen Casemanager sein“, so Projektkoordinatorin Christine Krohne.

Steigende Beratungszahlen werden auch aus den anderen Beratungsstellen bundesweit geschildert. „Deshalb ist es gut und richtig, dass im künftigen Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen eine eigene Norm geschaffen wird, die Ombudschaft als neues Handlungsfeld der Jugendhilfe einführt und gesetzlich stützen soll“, so Krohne.

Bremer Beratungs- und Beschwerdebüro für die Erziehungshilfen (BeBeE)

info@bebee-bremen.de

www.bebee-bremen.de (Bericht dort zu finden)

HESSEN

Kommunen müssen sich für Mieter*innen einsetzen

Ein sofortiger besserer Schutz für Mieter*innen in der Corona-Pandemie und langfristige nachhaltige Konzepte für bezahlbaren Wohnraum für alle sollten zentrale Themen in den neu gewählten Kommunalparlamenten in Hessen sein. Das fordert das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen, zu dem auch der Paritätische Hessen gehört.

Die Kommunen sind in der aktuellen Krise aufgefordert, ihren Einfluss auf die kommunalen Wohnungsunternehmen und Energieversorger geltend zu machen, damit alle Zwangsräumungen ausgesetzt werden und es keine Energie- und Wassersperrungen gibt. Weiter fordert das Bündnis einen Mietestopp, der Mieterhöhungen über einem Prozent pro Jahr verhindert. Sammelunterkünfte für Geflüchtete oder kommunale Notunterkünfte für Wohnungslose müssen endlich aufgelöst werden, wenn geltende Infektionsschutz-Standards nicht eingehalten werden.

Neben diesen Sofortmaßnahmen hat das Bündnis weitere Forderungen an die Kommunen aufgestellt. Unter anderem sieht es sie in der Pflicht, über die öffentlichen Wohnungsunternehmen ausreichend bezahlbaren und sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Pro Jahr müssen in Hessen mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Wohnraumzweckentfremdung und spekulativer Wohnraumleerstand müssen vor Ort unterbunden und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder in Büroräume erschwert bzw. verhindert werden. Der Mietanstieg muss wirksam und flächendeckend begrenzt werden. Für Haushalte im Sozialleistungsbezug müssen die tatsächlichen Mietkosten übernommen werden.

www.mietenwahnsinn-hessen.de

THÜRINGEN

Praktikum trotz Corona? – Los geht's!

Seit drei Wochen lebe und arbeite ich nun in einem SOS Kinderdorf und darf mich an der wunderschönen Natur Österreichs erfreuen. Vor einem halben Jahr stellte ich mir die Frage, ob die Pandemie mich von einem Auslandspraktikum abhalten könnte. Probieren wollte ich es auf jeden Fall, denn Praktikanten werden trotz und vielleicht auch gerade wegen Corona gebraucht. Denn durch Umstände wie Distanzunterricht ist das Personal über jede zusätzliche Hilfe dankbar. Ich entschied mich für ein benachbartes Land, das ich mit dem Zug erreichen kann. Für die Einreise nach Österreich musste ich mich online registrieren und brauchte meinen Praktikumsvertrag als Nachweis und einen negativen Test vom Arzt. Kontrolliert wurde ich jedoch nicht. Meine lieben Kolleg*innen empfingen mich sogar mit einem riesigen Korb voller Lebensmittel, für den Fall, dass ich in Quarantäne müsse. Die Kinder können sich in Österreich zwei Mal pro Woche in der Schule testen lassen und einmal in der Woche besteht auch für mich im Kinderdorf die Möglichkeit zum Testen. Außerdem gibt es in allen Ortschaften mehrere sogenannte „Teststraßen“, wo unkompliziert kostenfreie Corona-Tests durchgeführt werden. Insgesamt fühle ich mich rundum sicher und bin sehr froh und dankbar, dass ich diese Erfahrung machen darf.

Tabea vom Praktikum am Traunsee

Das Praktikum wird über das Europäische Programm Erasmus+ finanziert. Die Ausreichung der Fördermittel sowie Unterstützung bei der Suche nach einem Praktikumsplatz und Organisation des Praktikums erfolgt über den Verein Prof. Herman A. Krüger e. V. (www.kruegerverein.de).

PARITÄTISCHE (ONLINE-) TERMINE



14.-29.6.2021

Datenschutzbeauftragte in sozialen Organisationen

Welche Daten darf eine Einrichtung von ihren Kund*innen bzw. Klient*innen oder von Vereinsmitgliedern sammeln? Welche dürfen weitergegeben werden? Wann und wie sind die Daten zu vernichten? Im ersten Teil erhalten Sie grundlegende Informationen zu den gesetzlichen Grundlagen des Datenschutzes. Im zweiten Teil liegt der Schwerpunkt auf der praktischen Umsetzung in Ihrer Organisation. Der Kurs geht auf die wesentlichen Änderungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein.

Weitere Informationen unter www.paritaetische-akademie-nrw.de

15.06.2021

Zwischen Neugier und Grenzverletzung

Sie erarbeiten sexualpädagogische Kenntnisse über Indikatoren einer sexuellen Grenzverletzung und sind in der Lage, Unterschiede zwischen kindlicher Neugier und Grenzverletzung zu erkennen sowie darauf fachlich angemessen zu reagieren. Neben der Handlungssicherheit im Umgang mit Verdachtsituationen möglicher sexueller Übergriffe, verfügen Sie über Strategien für die Zusammenarbeit mit Eltern und besitzen Methodenkenntnisse, um eine präventive sexualpädagogische Arbeit mit Kindern in der Kindertagesbetreuung umzusetzen.

Weitere Informationen unter www.paritaetische-akademie-nrw.de

16.06.2021

Zoom-Schnupperstunde für Neulinge

Lernen Sie ZOOM kennen und probieren Sie es aus! ZOOM ist ein inzwischen weit verbreitetes Videokonferenz-Tool, mit dem ganz einfach Online-Meetings geplant und durchgeführt werden können. Auch

wir nutzen ZOOM für unsere Online-Angebote.

Wir helfen Ihnen, sich bei ZOOM zurechtzufinden – vom Einladungslink bis zum Ende des Meetings. Wir stellen Ihnen die wichtigsten Funktionen vor, probieren sie gemeinsam aus und beantworten Ihre Fragen.

Weitere Informationen unter www.pbw-lsa.de

16.06.2021

LSBT*IQ - Sexuelle Vielfalt in der Jugendhilfe

In diesem Seminar eignen Sie sich eine Haltungssicherheit zum Thema geschlechtliche Vielfalt an. Sie lernen Grundwissen über die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Jugendlichen kennen. Sie sind für einen fachlichen Umgang mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten sensibilisiert. Der Umgang mit trans- und homophobem Verhalten und Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Identitätsfindung und Coming-out fällt Ihnen leichter.

Weitere Informationen unter www.paritaetische-akademie-nrw.de

24.06.-01.07.2021

Soziale Träger als Mieter und Vermieter

Die Betreuung der Klient*innen erfolgt in Wohnungen, welche zum Teil im Trägereigentum stehen, zum Teil aber auch von Dritten angemietet werden. Auch wenn die Klient*innen in den Wohnungen wohnen, sind Mietverträge, die der Träger mit dem Hauseigentümer schließt im Allgemeinen keine Wohnraum-Mietverträge, sondern Gewerberaum-Mietverträge.

Es ist deshalb umso wichtiger, bereits bei Vertragsabschluss die Rechtslage zu kennen, welche Regelungen gelten und wie Sie

diese zu Ihren Gunsten nutzen können. Gleichzeitig stellt der Träger den Klient*innen Wohnraum zur Verfügung, in dem diese selber wohnen können.

Weitere Informationen unter www.parisat.de

15.-16.7.2021

48h Vielfalt ohne Alternative! – reloaded

In der Corona-Krise wurde einmal mehr deutlich, wie groß die Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, die von demokratiefeindlichen Einstellungen und Haltungen ausgeht. Sich dem mit aller Kraft und einer klaren, menschenrechtsorientierten Haltung, auch und gerade in der Sozialen Arbeit entgegenzustellen, ist eine Aufgabe, der sich der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen verschrieben haben.

Im Wahljahr 2021 stellt sich noch mehr als sonst die Frage, wie wir für unsere Überzeugungen und Haltungen werben und andere überzeugen können.

Anmeldung unter <https://eveeno.com/48stunden>
Weitere Informationen auf Seite 39



Jeden dritten Dienstag im Monat!
Infos bei digikom@paritaet.org

WEITERE INFOS

www.paritaet.org

GEHT WÄHLEN (WEIL ALLE ZÄHLEN)!

Der Paritätische macht mobil zur Bundestagswahl



In diesem Herbst ist Bundestagswahl. Der Paritätische wird dieses Jahr unter dem Motto "Geht wählen, weil alle zählen" erstmals u.a. mit einem eigenen Wahlaufuf zur Bundestagswahl mobilisieren. Die geplanten Aktions-Workshops richten sich an alle im Paritätischen und Mitgliedsorganisationen sowie Sympathisant*innen, die Lust haben, bereits während des Wahlkampfes in den sozialen Medien Stimmung für soziale Themen (und Mehrheiten) zu machen.

In den Workshops erwarten Euch jeweils eine kurze Einstimmung auf das Wahljahr zu jew. wechselnden Schwerpunktthemen und Tipps sowie praktische Übungen, um soziale Themen erfolgreich in den sozialen Medien zu platzieren. Wir stellen unsere Ideen für mögliche gemeinsame Aktionen vor und bieten Raum für den Austausch mit Gleichgesinnten und das gemeinsame Pläneschmieden.

Die Workshops finden vom 17. Juni bis 22. Juli jeweils Donnerstag von 10:00 bis 11:30 Uhr statt. Weitere Infos unter der-paritaetische.de/weilallezaehlen



Gemeinsam Strategien erarbeiten, die armutspolitischen Forderungen mehr Gehör in der Öffentlichkeit und Politik verschaffen und den Druck für Veränderung erhöhen. Das ist das Ziel unseres Armutskongresses, der vom 10. bis 12. Juni digital stattfindet.

Das Programm und den Link zum Livestream ausgewählter Programmpunkte auf www.aktionskongress.de

VIELFALT

48 STUNDEN VIELFALT OHNE ALTERNATIVE! – RELOADED ALS TEAM VIELFALT MEHR ERREICHEN

48 STUNDEN VIELFALT OHNE ALTERNATIVE RELOADED

In der Corona-Krise wurde einmal mehr deutlich, wie groß die Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, die von demokratiefeindlichen Einstellungen und Haltungen ausgeht. Sich dem mit aller Kraft und einer klaren, menschenrechtsorientierten Haltung, auch und gerade in der Sozialen Arbeit entgegenzustellen, ist eine Aufgabe, der sich der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen verschrieben haben.

Im Wahljahr 2021 stellt sich noch mehr als sonst die Frage, wie wir für unsere Überzeugungen und Haltungen werben

und andere überzeugen können. Es wird darum gehen, wie wir unseren Anliegen im Kontext des anstehenden Ringens um die Gesellschaft der Zukunft im Getöse der Wahlkämpfe Gehör verschaffen.

Am 15. und 16. Juli wollen wir, ausgehend von unseren Ideen und unserem Wissen als Expert*innen des solidarischen Zusammenlebens, unsere Vorstellungen ausformulieren und Aktionspläne entwickeln für den Bundestagswahlkampf und darüber hinaus.

Obwohl wir noch immer keine persönliche Begegnung anbieten können, werden wir, wie schon bei der ersten Konferenz im November vergangenen Jahres, die gesamte Bandbreite der Vorteile kooperativen Austausches und Arbeitens online nutzen. Das trainiert uns auch für die Vernetzungsarbeit, die immer öfter digital funktioniert: In unserem gemeinsamen Online-Versuchslabor „48h Vielfalt ohne Alternative! – reloaded“ kann die Erfahrung kooperativer Prozesse in vielfacher Weise greifbar und anschaulich gemacht werden.

Anmeldung einfach und kostenlos unter [eveno.com/48Stunden](https://www.eveno.com/48Stunden)

FÜR ALLE, NICHT DIE WENIGEN

Warum wir unsere Zukunft nicht den Märkten überlassen dürfen

Der Mensch im Mittelpunkt

Individuelles Gewinnstreben und Wettbewerb sorgen wie von selbst dafür, dass die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu jeweils angemessenen Preisen erfolgt. Das ist eine der Kernthesen des Neoliberalismus. Doch dem ist nicht so. Im Gegenteil: Der sogenannte freie Markt und seine ungezügelter Profitorientierung haben zu einer tiefen sozialen Spaltung unserer Gesellschaft und zur Ausgrenzung von immer mehr Menschen geführt. Ulrich Schneider hat namhafte Expertinnen und Experten aus den Bereichen Gesundheit, Kultur, Energie, Verkehr und Landwirtschaft versammelt, die die Grenzen eines profitorientierten Wirtschaftens aufdecken und Alternativen aufzeigen.

Mit Beiträgen von Dierk Hirschel, Olaf Bandt, Elisabeth Fresen, Melanie Weber-Moritz, René Mono, Olaf Zimmermann, Mara Dehmer, Joachim Rock, Rolf Rosenbrock, Cornelia Harrer und Ulrich Schneider.

„Für alle, nicht die wenigen“ ist im Westend Verlag erschienen
Eine Präsentation auf Youtube finden Sie unter youtu.be/V9gaAsLwoSA



BUNDESTAGSWAHL

Keine Wahl? Von wegen! Das machen wir bei unserer großen Kampagne zur Bundestagskampagne deutlich! Flankiert wird diese von acht thematischen Plakaten. Weitere Infos auf www.der-paritaetische.de unter „Presse und Kampagne!“



JUGENDHILFETAG

DER PARITÄTISCHE AUF DEM 17. DEUTSCHEN KINDER- UND JUGENDHILFETAG

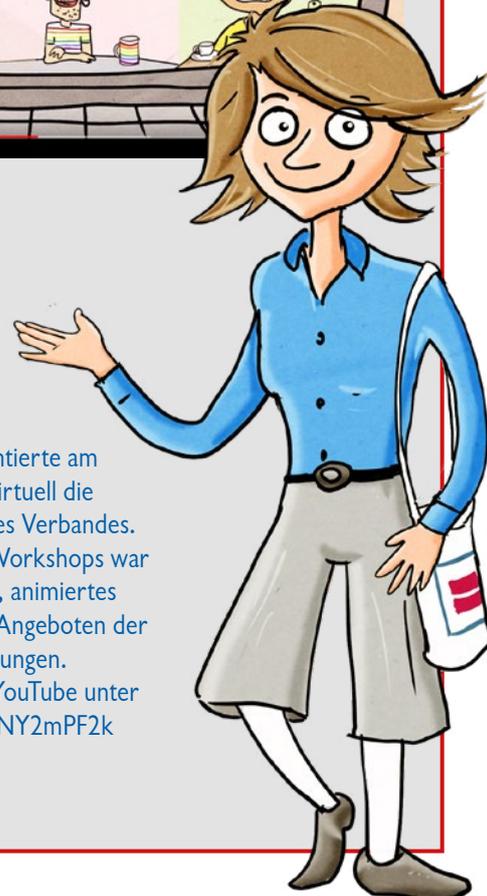
„Wir machen Zukunft jetzt. Gemeinsam. Paritätisch. Der Paritätische beim 17. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag“: Vom 18. bis 20. Mai 2021 fand im Rahmen des 17. DJHT-Fachkongresses insgesamt rund 270 digitale Fachveranstaltungen der Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und enger Kooperationspartner*innen statt. Der Paritätische war mit 17 Fachveranstaltungen beteiligt. Inhaltlich spiegeln sie das gesamte Themenspektrum sowie die Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe wider.

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag mit seinem Fachkongress sowie einer Fachmesse findet alle vier Jahre statt und ist DAS Großereignis der Kinder- und Jugendhilfe. In diesem Jahr können wir uns pandemiebedingt ausschließlich digital treffen.

Wir haben uns dennoch mit Elan daran gemacht, den Paritätischen mit seinen vielfältigen Angeboten in der Kinder- und Jugendhilfe einem möglichst breiten Publikum zu präsentieren. Wir haben uns darauf gefreut, unsere fachliche Expertise in die Diskussionen des Kongresses einzubringen und bieten selbst zahlreiche Veranstaltungen in Eigenregie und mit unseren Mitgliedern und Kooperationspartnern an.

Viele folgten dem Aufruf, sich an unserem digitalen Messestand über den Paritätischen und seine Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe zu informieren.

Wir haben uns gefreut, dort in gewohnter Weise auch Einblicke in die Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe geben zu können.



Avatar Zümra präsentierte am Paritätischen Stand virtuell die reichhaltige Arbeit des Verbandes. Neben zahlreichen Workshops war dies auch ein eigenes, animiertes Image-Video zu den Angeboten der Paritätischen Einrichtungen. Das Video kann auf YouTube unter <https://youtu.be/-T6NY2mPF2k> angeschaut werden!



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718
 Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
 Internet: www.der-paritaetische.de
 Facebook: www.facebook.com/paritaet/
 Twitter: @Paritaet
 Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)
 E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),
 Tel.: 030/24636-305
 Philipp Meinert,
 Tel. 030/24636-339

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese* die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Notwendige Bildnachweise:

Seite 6: Kay Herschelmann/TSK, Barbara Neumann
 Seite 8: Kay Herschelmann/Sven Serkis
 Seite 15: Simone Neumann
 Seite 18: D. Reinhold
 Seite 24: Jule Roehr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH
 Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Geh
wählen,
weil **ALLE**
zählen!



Erderwärmung verstärkt Armut

Klimawandel ist eine unfaire Sache

SWR Fernsehen vom 20.7.2017

Ökologische Wende
sozial gestalten

Am 26. September ist Bundestagswahl!
Weitere Infos auf www.paritaet.org

 **DER PARITÄTISCHE**
GESAMTVERBAND